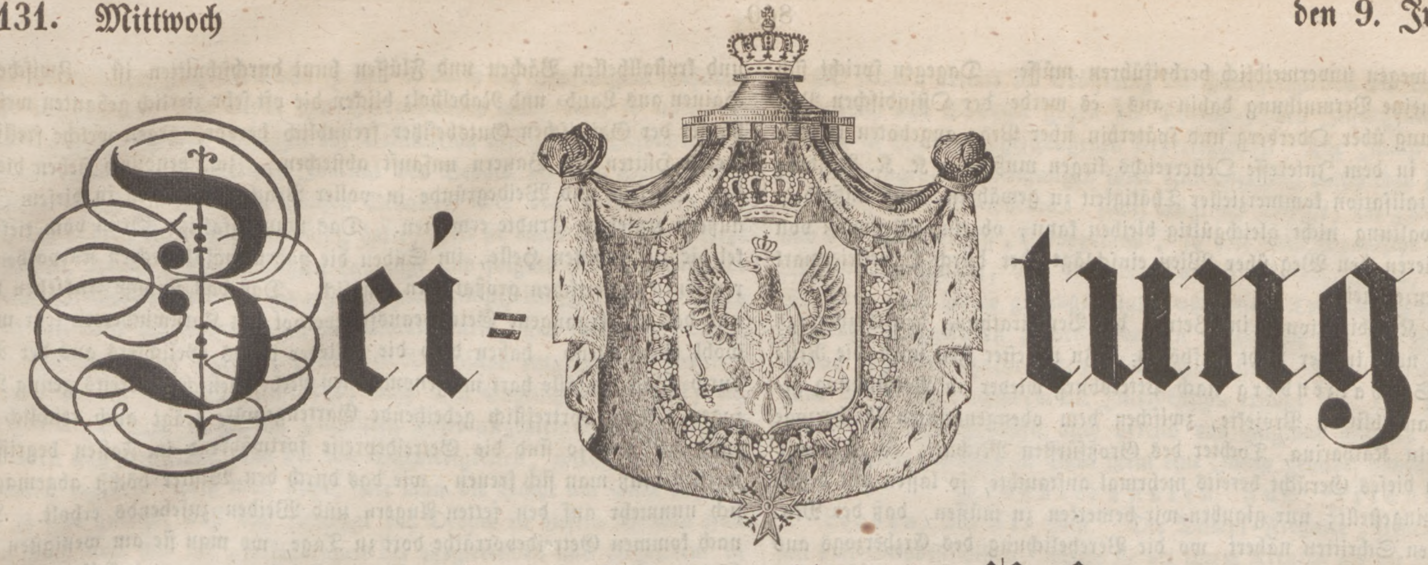
№ 131. Mittwoch den 9. Juni 1847.



Zeitung des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

Berlin. Der längere Zeit hindurch hier bemerkte lebhafte Kurierwechsel findet nun eine Auslegung in dem Umstande, daß Griechenland in seinen Differenzen mit der Pforte eine Vermittelung bei dem Kaiserl. Oesterreichischen Kabinet nachgesucht hat. Dieses aber ist nicht unmittelbar darauf eingegangen, sondern es sind erst mit den andern Großmächten Rücksprachen genommen worden, indem das Kaiserl. Oesterreichische Gouvernement erklärt hat, daß es zum Wohle und zur Erhaltung des Friedens in Europa durchaus nöthig sei, in diesen Angelegenheiten vollkommen en concert zu handeln. (H. C.)

Die Summe sämmtlicher bei der Kurie der drei Stände eingebrachten Petitionen beträgt 453, wonach also die mannigfachen Angaben, die bis zur Zahl 1000 hinaufreichten, allerdings als übertrieben erscheinen. Diese 453 Petitionen sind unter die neun verschiedenen vom Marschall ernannten Abtheilungen folgendermaßen vertheilt: auf die erste Abtheilung kommen 7; der zweiten Abtheilung sind überhaupt keine Petitionen zur Begutachtung überwiesen; die dritte Abtheilung erhielt 3; die vierte 68; die fünfte 91; die sechste 111; die siebente 49; die achte 108, die neunte 2; hierzu kommen dann endlich noch 14 Petitionen, die zwar bei der Kurie der drei Stände eingebracht wurden, jedoch zur Berathung in die Versammlung der Vereinigten Kurien übergingen, demnach also in einer der vier Abtheilungen, die aus Mitgliedern beider Kurien zusammengesetzt sind, zur Vorberathung kommen, wo denn also auch nicht der Marschall v. Rochow, sondern der Fürst von Solms die Disposition zu treffen hätte. Von diesen 453 Petitionen sind bereits im Ganzen 66 bei der Kurie der drei Stände abgemacht, wobei freilich unseren Lesern bekannt sein wird, daß bei den Berathungen häufig 4, 6, ja, selbst 8 Petitionen, die einem und demselben Gegenstande gewidmet waren, in ein gemeinsames Gutachten zusammengefaßt wurden und also auch gleichzeitig zur Berathung kamen.

In der Stadtverordneten-Versammlung ist es wiederholt zur Berathung gekommen, ob und auf welche Weise die Zeitgeschäfte in Getreide zu beschränken sein möchten, um der Wiederkehr einer künstlichen Vertheurung des Getreides möglichst vorzubeugen. Man hat hier verschiedene Mittel in Vorschlag gebracht und werden darauf gerichtete Anträge den Staatsbehörden zur näheren Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden. Man hielt es zunächst für nothwendig, daß die Kornmäkler unter eine spezielle Kontrolle gestellt, außerdem aber auch ein Königl. Kommissarius beauftragt werde, sich jederzeit, bestimmt aber monatlich, die Bücher der Mäkler vorlegen zu lassen, um etwanige Scheinkäufe zu verhindern und davon weitere Anzeige zu machen. Ein anderes Mittel glaubte man darin zu finden, daß eine neue für den Getreidehandel geeignete Börsenordnung festgestellt, so wie daß von dem Getreidekäufer beim Abschlusse des Geschäfts nach der Wahl der Kontrahenten entweder ein bestimmter Procentsatz deponirt, oder ein zu bestimmender Theil des Kaufgeldes sofort baar bezahlt würde. — Etwa 11,000 Scheiben der städtischen Gaslaternen sind durch das Hagelwetter vom 25. v. M. zerstört worden. Um sowohl diese, als auch die zahllosen übrigen noch nicht wieder eingesetzten Scheiben zu ergänzen, fehlt es in diesem Augenblicke an Glas und Händen zur Arbeit. Mehrere Glaser aus den Nachbarstädten, sogar aus Magdeburg, sind daher nach Berlin geeilt und haben hier eine sehr wohlthuende Konkurrenz eröffnet.

Der Genuß des Pferdefleisches beginnt hier in die Mode zu kommen. Der Verein gegen Thierquälerei hat schon zwei Roßfleisch-Diners gegeben, von welchen das zweite einen ungewöhnlichen Zulauf hatte. Jetzt beabsichtigt auch der Handwerkerverein in der Johannisstraße ein Pferdefleisch-Essen zu veranstalten. Es haben sich bereits über 250 theilnehmende Handwerker gemeldet, und der Verein hat schon ein junges Offizier-Reitpferd, welches einen Brustschaden erlitten, an sich gekauft und zum Opferlamme bestimmt.

Zur Entscheidung der Judenfrage in dem Sinne gegen das beabsichtigte Gesetz werden hier und anderwärts mehrfache Bestrebungen gemacht. So ist u. a. eine Adresse aus Hamburg an den Abgeordneten von Beckerath gerichtet worden, welche von vielen dortigen Einwohnern unterzeichnet sein soll. Bis jetzt ist es noch immer zweifelhaft, ob dieser schwierige Gegenstand noch zur Verhandlung kommt. Gespannt ist man indeß am meisten auf den Hauptpunkt des Landtags, die Eisenbahnanleihe; die Mehrzahl im Publikum will es sich nicht ausreden lassen, daß eine Annahme des Antrages in der jetzigen Nothzeit nicht wahrscheinlich sei.

Auf dem am 6. d. M. hier gehaltenen Markt war von allen Getreide-Arten und von noch anderen Lebensmitteln eine erstaunlich große Zufuhr, was besonders den Preis des Getreides noch mehr drückte, so daß für den Wispel Roggen nur 94 Thlr., für den des Hafers 44 Thlr. und für die Metze Kartoffeln 1½ Sgr. verlangt wurden. Die Kauflust blieb flau, weil die sichere Aussicht da ist, daß Alles bald noch bedeutend billiger werden wird. Nur Derjenige, welcher für den nächsten Tag etwas bedarf, kauft Lebensmittel in kleinen Quantitäten ein. Man hofft, daß Seitens der Stadt die Metze Kartoffeln in diesen Tagen bereits für 1 Sgr. verkauft werden wird.

Elberfeld, den 4. Juni. Sicherem Vernehmen nach hat Herr Pastor Dr. Krummacher hierselbst von Allerhöchster Stelle aus den Ruf zum Prediger an der Dreifaltigkeitskirche in Berlin als Schleiermacher's und Marheinecke's Nachfolger im Pfarreramte erhalten und angenommen, und dürfte seine hiesige Gemeinde schon binnen 6 bis 8 Wochen verlassen. (Elberf. Z.)

Ausland.

Deutschland.

Lübeck den 4. Juni. Die Hansestädte haben mit Griechenland einen Handels- und Schifffahrtsvertrag abgeschlossen.

Karlsruhe den 6. Juni. Die Arbeiten an der Festung Rastatt schreiten sehr stark vor. Die Zahl der an dem Baue beschäftigten Arbeiter ist zwar groß, muß jedoch nächstens noch ansehnlich vermehrt werden. Die Bundes-Inspektion erwartet man im August.

Frankfurt a/M. den 2. Juni. Der Kaiserlich Russische Minister-Resident am Königlich Neapolitanischen Hofe, Graf Chreptowitsch, traf vorgestern hier ein. Die Zahl der vornehmen Russischen Familien mehrt sich mit jedem Tage; die meisten wenden sich den Bädern zu, besonders Homburg und Kissingen. Trotz aller anlockenden Bülletins ist es nur zu wahr, daß bis jetzt große Stille herrschte, und es jetzt erst anfängt, etwas belebter zu werden. — Die überaus günstige Wendung der Theuerungsfrage wird den Badebesuch nun auch unterstützen. Die Fruchtpreise sind in unserer Gegend um 50 pCt. gefallen, und natürlich wird die Brodtaxe in gleichem Verhältnisse herabgesetzt. Morgen wird sie wieder sehr ermäßigt, wahrscheinlich auf 28 Kreuzer für 6 Pfund Brod.

Durch das überaus rasche Fallen der Getreidepreise haben einzelne Spekulanten, welche noch vor kurzem starke Einkäufe machten, große Verluste zu erleiden. Es wurde aber alles vorausgesagt und sie konnten der Warnung Gehör verleihen.

Oesterreich.

Wien den 2. Juni. Mit der gespanntesten Aufmerksamkeit sieht man hierorts der Entscheidung entgegen, welche Route der Ueberlandpost definitiv eingeräumt werden wird. Es befindet sich nämlich seit einiger Zeit der Triester Großhändler Morpurgo, als Vertreter des Oesterreichischen Lloyd, in Wien, um im Namen einer Englischen Gesellschaft die Konzession zum Baue einer Bahn von Bruck an der Mur über Salzburg bis an die Grenze Baierns zu erwirken, oder, falls der Staat diese Strecke selbst in Angriff nehmen wollte, das nöthige Kapital als Darlehn alsbald anzubieten. Dieser Antrag wird mit dem Bemerken unterstützt, daß auf der dermaligen Route über Oderberg und Berlin alle Bahnen nur ein einziges Geleise besitzen und man nicht im voraus Tag und Stunde der Ankunft der Ostindischen Post wissen könne, wornach die ungehinderte Beförderung rein unmöglich sei und welches eine Verspätung in der Abfertigung des nothwen-

digen Aufenthalts wegen unvermeidlich herbeiführen müsse. Dagegen spricht sich hierorts die allgemeine Vermuthung dahin aus, es werde der Ostindischen Post nur die Beförderung über Oderberg und späterhin über Prag angeboten werden können, indem es in dem Interesse Oesterreichs liegen muß, der K. K. Residenz die möglichste Centralisation kommerzieller Thätigkeit zu gewähren, und außerdem es der Staatsverwaltung nicht gleichgültig bleiben kann, ob eine Mehrzahl von 200,000 Passagieren den Weg über Wien einschlägt oder durch Obersteiermark der Bairischen Grenze zueilt.

Wien. Die Kombinationen in Betreff der Verheirathung des Erzherzogs Stephan wollen noch immer nicht aufhören. In neuester Zeit wird die Reise des Fürsten von Schwarzenberg nach Petersburg wieder in Verbindung gebracht mit einem angeblichen Projekte, zwischen dem obengenannten Erzherzoge und der Großfürstin Katharina, Tochter des Großfürsten Michael, ein Eheband anzuknüpfen. Da dieses Gerücht bereits mehrmal auftauchte, so lassen wir dessen Wahrheit ganz dahingestellt; nur glauben wir bemerken zu müssen, daß der Moment sich mit raschen Schritten nähert, wo die Verehelichung des Erzherzogs aus dem Reiche der müßigen Konjekturen ins Gebiet der praktischen Fragen übergehen dürfte. Der Ungarische Reichstag wird allerlängstens am 1. November d. J. eröffnet; der erste von ihm vorzunehmende Akt betrifft die Palatinalwahl. Ist diese vollzogen und auf den Erzherzog gefallen, wie sich wohl nicht anders erwarten läßt: so dürfte ihm wohl selbst daran gelegen sein, sich eine Lebensgefährtin zu wählen, die seinem ausgezeichneten Range sowohl vermöge ihrer Herkunft zusagend, als im Stande sein muß, den äußeren Glanz seiner Stellung zu mehren. Die Böhmischen Stände haben einen Versuch gemacht, um ihn zu bewegen, in Böhmen auf seinem jetzigen Posten zu verbleiben. Er aber hat dieses Ansinnen zwar in den schmeichelhaftesten Worten, aber dennoch deutlich genug abgelehnt, indem er die Stände ausdrücklich bat, deshalb keine besondere Deputation nach Wien zu entsenden.

Galizien.

Krakau den 3. Juni. Vom 1. August an werden wir mit der Verzehrungssteuer belegt, die gar Manchem das Dasein bedeutend erschweren wird. Uebrigens findet bei dieser Neuerung, die eingeführt wird, um Krakau und sein Gebiet mit Galizien gleichzustellen, ungefähr derselbe Modus statt, wie bei der merkantilen Einverleibung. Privatpersonen haben ebenfalls das Recht, sich vorher mit Vorräthen aller verzehrsteuerungspflichtigen Gegenstände — und ihre Anzahl ist sehr groß — auf ein ganzes Jahr für den eigenen Bedarf zu versehen; ebenso findet nach Ablauf jener Frist eine Nachbesteuerung der vorgefundenen Gegenstände statt; nur so geringe Quantitäten, daß die Verzehrungssteuer die Summe von einem Kreuzer nicht erreichen würde, sind von derselben frei. Wichtig für uns ist aber, daß in Folge der Einführung jener Steuer dennoch, anscheinend wunderbarer Weise, in Krakau das Fleisch billiger werden wird. Dies geht so zu: In Krakau bestand und wird noch bis zum 1. August bestehen eine bedeutend hohe Schlachtsteuer; mit Einführung der Verzehrungssteuer, die eine beträchtlich geringere Abgabe von jedem in unsere Stadt gebrachten Stück Schlachtvieh verlangt, wird nun jene aufgehoben, folglich wird jedes Pfund Fleisch vom 1. August an um einen oder einige Groschen billiger zu haben sein. Daß dies keine trügerische Hoffnung oder falsche Berechnung sei, beweist uns Lemberg, wo keine Schlachtsteuer, sondern nur die allgemeine Oesterreichische Verzehrungssteuer erhoben wird, und wo das Fleisch bei gleicher Güte beträchtlich billiger ist, als gegenwärtig noch in Krakau. Der Verzehrungssteuer sind übrigens manche Dinge unterworfen, die man so eigentlich nicht verzehrt, z. B. Holz, Stein- und Holzkohlen. Schließlich sei der Oesterreichischen Regierung im Namen aller Proletarier Dank gesagt, daß auch alle Arten von Wildpret Verzehrungssteuer bezahlen müssen. Es ist gewiß anerkennenswerth, daß man den trockenen Bissen Brod, womit der Arme den Hunger stillt, nicht allein besteuert, während die Leckerbissen der Reichen frei passiren. Seit vorgestern ist auch die Wegmauth eingeführt worden, ebenfalls um uns mit Galizien gleichzustellen. — Sowohl bei uns als im Königreich Polen, wie in Galizien — soweit dort von dergleichen die Rede sein kann — ist der Stand der Saaten ein überaus guter und berechtigt vollkommen zu der Hoffnung einer höchst gesegneten Ernte. Zu gönnen wäre sie der bedrängten Menschheit. Ich kann mir nicht versagen, Ihnen noch eine Krakauer Neuigkeit von geringerem Belange mitzutheilen. Während der Pfingstfeiertage findet, in der Absicht, sich zu amüsiren und die Freuden des Frühlings mit vollen Zügen zu genießen, eine friedliche Auswanderung der Krakauer nach dem reizend auf einem Hügel ohnweit unserer Stadt gelegenen von Kamedulensern bewohnten Kloster, Bielany statt. So geschah es auch an dem jüngstverflossenen Pfingstfeste; es versammelten sich dort mehrere Tausend Personen, aßen, tranken, spielten, sprangen, lachten und schaukelten sich. Dabei wurde von der dort vorhandenen Musik unter großem Beifall und ohne daß es irgend wie wäre gehindert oder unliebsam vermerkt worden, ein berühmtes und sonst streng verbotenes Volkslied aufgespielt, wiewohl eine große Anzahl Oesterr. Beamten zugegen war, vor allen die Grafen Deym und Castiglioni.

Lemberg. — Will jemand die Produktivkraft des Königreiches Galizien kennen lernen, der unternehme in dieser Jahreszeit die Reise von der fabrikreichen Stadt Bilitz, im K. K. Schlesien, über Krakau nach Lemberg; er wird gewiß bezeugen müssen, daß Galizien mit vollem Rechte die Kornkammer der Oesterreichischen Monarchie genannt zu werden verdient. Gleich nachdem man die von Bilitz nur durch den Bialafluß getrennte Galizische Fabrikstadt Biala hinter sich hat, öffnet sich dem Blicke des Reisenden eine Landschaft, die von sanften Hügeln und krystallhellen Bächen und Flüssen bunt durchschnitten ist. Zwischen grünen Hainen aus Laub- und Nadelholz blicken die oft sehr zierlich gebauten weißen Landhäuser der Galizischen Gutsbesitzer freundlich hervor, gegen welche freilich die ärmeren Hütten der Bauern unsanft abstechen. Zwischendurch stehen die Saatfelder, Wiesen- und Weidegründe in voller Pracht und lassen in diesem Jahre eine äußerst ergiebige Erndte erwarten. Das mannigfaltige Grün vom tiefsten Dunkel bis zur fahlsten Helle, im Süden die hohen waldbedeckten Karpathen, gewähren einen malerischen großartigen Anblick. Daß das üppige Aussehen der Felder und das neu ergangene Getreideausfuhrverbot den Kornwucherern sehr mißfällt, ist wohl einleuchtend, haben doch die Glieder dieses Gelichters aus der Noth ihrer durch Wasserunfälle hart mitgenommenen Nebenmenschen bereits genug Nutzen gezogen. Das vortrefflich gedeihende Gartengemüse trägt auch reichlich zur Nahrung bei und so sind die Getreidepreise fortwährend im Fallen begriffen. Am meisten muß man sich freuen, wie das durch den Winter höchst abgemagerte Vieh sich nunmehr auf den fetten Angern und Weiden zusehends erholt. Nach und nach kommen Getreidevorräthe dort zu Tage, wo man sie am wenigsten vermuthet hätte, und man begegnet immerfort großen Transporten desselben aus dem Innern Galiziens auf der großen Straße, die von Lemberg nach Krakau führt. Schade nur, daß die vielen jungen Bettler bei jedem Wechsel der Pferde den Wagen umlagern und ihm auch oft große Strecken nachlaufen. Sollte man diesen Leuten keine Arbeiten, wie z. B. Jäten der Saatfelder, Reinigen der Chausseegräben rc. aufzutragen vermögen? So wird die Jugend schon frühzeitig an den leidigen Müßiggang gewöhnt und Ackerbauschulen giebt es im ganzen Lande keine einzige. — Daß durch den Getreideverkauf ansehnliche Summen nach Galizien gewandert sind, giebt sich an den großen Baulichkeiten kund, die an verschiedenen Punkten unserer Stadt lebhaft betrieben werden. Voll der gespanntesten Erwartung sieht der Adel und Bürger der schon mehrmals erwähnten Ankunft Sr. Majestät des Kaisers und der Kaiserin zur Huldigung in Krakau entgegen. Die Galizischen hohen Damen überbieten sich in Vorbereitungen, um vor JJ. MM. würdig erscheinen zu dürfen. Gold- und Brillantengeschmeide, das vielleicht noch von der Beute aus dem Türkischen Lager vor Wien herrührt, wird nunmehr modern umgearbeitet, die Herren dagegen schafften sich glänzende Equipagen an. Gegen die Ernennung des Erzherzogs Albrecht zum Vicekönig Galiziens mit dem Sitze in Krakau erheben sich viele Zweifel. Darüber aber sind alle Meinungen einig, daß Galizien, sollte dieser Kaiserliche Prinz zum Vicekönig ernannt werden, in jeder Beziehung viel gewönne, weil sein reicher Adel dann im Lande bliebe und dieserhalb die Landwirthschaft und Eisenwerke bald emporkommen müssen. In der Bukowina ist schon seit mehreren Monaten ein hoher Regierungsbeamter mit Erhebung und Eintheilung der dortigen Grundstücke auf den Religionsfondsgütern zur Aufnahme Deutscher Auswanderer aus den Großherzogthümern Baden und Hessen eifrig beschäftigt. Diesem edlen Beispiele dürften bald die Galizischen stark begüterten Edelleute folgen; jedenfalls gewönne diese von der Natur so sehr gesegnete Provinz, deren Landbewohner durchaus faul, roh und unwissend sind.

Frankreich.

Paris, den 2. Juni. Marschall Grouchy ist, 82 Jahre alt, gestorben.

Da der Artikel des J. des Debats, in welchem behauptet wird, Tristany sei ohne Muth gestorben, auch in andere Blätter übergegangen ist, so beeile ich mich, Ihnen zu bemerken, daß dies eben nichts anders als eine Verleumdung war. Alle Span. Blätter stimmen darin überein, daß ihn seine Energie keinen Augenblick verlassen hat, obgleich er bei seiner Gefangennehmung bereits gefährlich verwundet war. Er starb, wie er gelebt hatte, als tapferer Soldat einer edeln Sache. Die Grausamkeiten, die man ihm vorwirft, will ich nicht vertheidigen, aber die verschiedenen Parteien Spaniens haben sich in dieser Beziehung wahrlich nichts einander vorzuwerfen. Uebrigens ist es Thatsache, daß Tristany sich während der letzten Kämpfe keine Grausamkeiten zu Schulden kommen ließ. Den ausdrücklichen Befehlen seines Königs getreu, schenkte er allen Gefangenen das Leben, während die unschuldige Isabella ihren Generalen die bestimmte Ordre gegeben hatte, jeden Karlisten ohne Weiteres fusiliren zu lassen.

L'Union monarchique, welche gewöhnlich in Bezug auf Alles, was das Kabinet betrifft, ganz gut unterrichtet ist, versichert auf das Bestimmteste, daß das Ministerium wegen der Unbedeutenheit der erhaltenen Majorität in der Diskussion der Postreform nach einer langen Berathung beschlossen habe, bis zum Ende dieser Session alle kontradiktorischen Debatten über administrative und finanzielle Reformfragen abzulehnen.

Das Journal des Debats bringt an der Spitze seines Blattes heute abermals, ohne Zweifel wieder mit der „sincerité la plus impartiale," welcher es sich kürzlich rühmte, einen langen, großentheils aber blos referirenden Artikel über die Verhandlungen der Preußischen Stände und speziell über die „Deklaration der Rechte." Das Journal des Debats hält diese Deklaration „weit eher für einen Akt parlamentarischer Taktik, als für ein revolutionäres Manifest; die meisten Unterzeichner waren viel erpichter darauf, ihre Wähler zu beruhigen, die um das Schicksal der liberalen Sache besorgt wurden, als sich selbst. Auf ihrem Standpunkte sahen sie sehr wohl ein, daß Mäßigung die liberale Sache nicht gefährden könne." Es wird dann weiter auseinander gesetzt, „daß die Langsamkeit und Lauheit, mit welcher sich die Unterschriften zusammenfanden, der Regierung Zeit gelassen habe, einen Entschluß zu fassen;" das Journal des Debats erkennt natürlich in der Haltung, welche der Marschall der Drei-Stände-Kurie, „usant de son omnipotence," den Deklaranten gegenüber annahm, eine Eingebung der Regierung, gegen welche Hr. v. Vincke vergebens gekämpft, zum Theil vielleicht deshalb, weil „seine Thä-

tigkeit nicht immer hinlänglich überdacht ist und er durch die Vielseitigkeit derselben seine Kraft vergeudet." Die Rolle des Herrenstandes war, eben so natürlich, „verabredet" und so war das Schicksal der Deklaration besiegelt. Besonders beachtungswerth dabei erklärt aber das Journal des Debats die vom Herrenstande ausgesprochene Ansicht, daß er die ganzen Debatten über den vorliegenden Gegenstand in der andern Kurie für unzulässig halte, weil sie einen Theil der Gesetze in Frage stellten, welche dem Vereinigten Landtage und folglich dem Herrenstande selbst zur einzigen Basis dienten. Es erblickt darin „implicite ein Veto der einen Kurie gegen den Lauf der Berathungen der andern Kurie, und zwar unter einem Vorwande, den man jeder eigentlich politischen Diskussion entgegensetzen könnte." In Frankreich und in England würde das, nach dem Englischen Ausdruck, ein breach of privileges sein; in Berlin, „inmitten dieser allgemeinen Unerfahrenheit der Regierenden und Regierten, und bei den Schwierigkeiten, welche es auf allen Wegen förmlich regnet," weiß man nicht, wie man die Sache am Ende nehmen soll. Es ist sehr unrecht, daß das Journal des Debats in diesem kitzlichen Fall mit seinem Rath und mit der „Erfahrenheit der Regierenden und Regierten" in Paris zurückhält. Der Artikel zeichnet sich übrigens noch dadurch vor allen seinen Vorgängern aus, daß Hr. Mevissen mit keiner Silbe darin erwähnt wird.

Zwischen einem Königlichen Prinzen und einem alten General soll ein so heftiger Auftritt stattgefunden haben, daß beide sich jetzt in strengem Arrest befinden.

Die Herzogin von Orleans ist nicht, wie es gestern hieß, in die Bäder von Vichy abgereist; sie verweilt fortwährend in der Hauptstadt.

Spanien.

Madrid den 27. Mai. Gestern Nachmittag überbrachte ein Courrier von Bayonne die dorthin durch den Telegraphen gelangte Nachricht, daß am 21sten in London zwischen Lord Palmerston und den Repräsentanten Frankreichs und Spaniens eine auf dem Quadrupel-Allianz-Vertrage begründete Uebereinkunft abgeschlossen worden wäre, kraft deren in Folge der Weigerung der Junta von Porto, sich unter den ihr vorgelegten Bedingungen zu unterwerfen, eine Spanische Armee in Portugal einrücken und den Aufstand mit bewaffneter Hand unterdrücken soll, während Französische und Englische Kriegsschiffe theils im Tajo über die Sicherheit Lissabons wachen, theils im Duero die Operationen gegen Porto unterstützen werden. Die näheren Bestimmungen dieser Uebereinkunft kennen wir noch nicht. Indessen hat die Regierung bereits gestern den General Don Manuel de la Concha, der vorgestern nach Valladolid abgegangen war, den Befehl zugeschickt sich bereit zu halten, um auf den ersten Wink mit seinen Truppen in Portugal einzurücken. Man will indessen bezweifeln, daß die Truppen mit den erforderlichen Hülfsmitteln ausgerüstet sind, um in einem so verödeten Lande wie Portugal, einen erfolgreichen Feldzug unternehmen zu können. Die Regierung hatte zu diesem Behufe eine Summe in Wechseln, die von der hiesigen Bank auf Badajoz gezogen waren, zur Bezahlung der Truppen abgeschickt, allein diese Wechsel kamen gestern mit Protest von dort zurück.

Durch außerordentliche Gelegenheit haben wir Nachrichten aus Lissabon vom 20sten erhalten. Am 18ten waren der Oberst Wylde und der Spanische Brigadier, Marquis d'España, von Porto dort wieder eingetroffen. Die Junta hatte die von ihnen vorgelegten Bedingungen nicht genehmigen wollen, sondern von ihrer Seite gewisse Anforderungen aufgestellt, welche jene Vermittler für unzulässig hielten. Da man am 18ten in Lissabon erfuhr, daß Sa da Bandeira, den mit dem Grafen Vinhaes abgeschlossenen Waffenstillstand angekündigt hatte, so berief die Königin die Gesandten Englands, Spaniens und Frankreichs zu sich, um sie zu veranlassen, den Baron Sa da Bandeira zur Eingehung eines neuen Waffenstillstandes aufzufordern. Die zu diesem Behufe von den drei Gesandten nach Setubal abgefertigten Bevollmächtigten konnten von Sa da Bandeira nur die Zusage auswirken, daß er, unter der Bedingung, seine Befestigungs-Arbeiten fortsetzen und Verstärkungen an sich ziehen zu dürfen, auf weitere vier Tage die Feindseligkeit einstellen wolle. Diese Bedingungen glaubte aber der Graf Vinhaes, Befehlshaber der Königlichen Truppen, nicht annehmen zu dürfen, falls er nicht ausdrücklich dazu ermächtigt würde. Vermuthlich werden daher die Feindseligkeiten bei Setubal wieder eröffnet sein. In der Nacht vom 20sten wurden ein Englisches und ein Spanisches Kriegs-Dampfschiff von Lissabon nach Porto mit Schreiben an den Grafen das Antas abgefertigt, um eine Verlängerung der Einstellung der Feindseligkeiten von ihm zu verlangen. Für den Fall, daß er diesen Antrag zurückwiese, sollten beide Dampfschiffe vor Porto kreuzen, um zu verhindern, daß eine zur Verstärkung Sa da Bandeira's bestimmte Division von dort ausliefe. — Der Baron Renduff schiffte sich am 19ten nach England ein, um sich von dort als Gesandter nach Paris zu begeben.

Die Königin hatte nach ihrer Zurückkunft von Aranjuez die Appartements bezogen, welche sie vor ihrer Vermählung bewohnte.

Gestern Abend ging sie, von ihrem Schwiegervater und dessen Tochter begleitet, im Prado spazieren. Der Infant Don Francisco de Paula hat jetzt mit seiner Familie den Buen Retiro verlassen und bewohnt denselben Palast mit der Königin.

Gestern Vormittag fuhr der Französische Gesandte nach dem Pardo und hatte eine Zusammenkunft mit dem Könige, der sich fortwährend weigert, seinen Aufenthalt hierher zu verlegen.

Madrid, den 28. Mai. Es heißt gegenwärtig, daß der König die Absicht habe, sich in eine Provinzialhauptstadt zurückzuziehen. Die Versöhnungsversuche würden mithin, wenigstens einstweilen, gescheitert sein.

Portugal.

London den 31. Mai. Neuere Nachrichten aus Lissabon vom 22sten d. M. melden bereits die Eröffnung der Feindseligkeiten der drei Mächte England, Frankreich und Spanien gegen die Portugiesischen Insurgenten in Folge der am 21sten in London abgeschlossenen Uebereinkunft. Die Junta von Porto hat die ihr angetragenen Bedingungen ihrer Unterwerfung entschieden zurückgewiesen, und der Krieg ist erklärt worden. Zwei Englische Schiffe, die „Amerika" von 80 K. und das Dampfschiff „Polyphemus", so wie eine Spanische Fregatte, sind von Lissabon abgegangen, um die drei Dampfschiffe der Junta, welche kürzlich von St. Ubes nach Porto gegangen sind, um frische Truppen zu holen, aufzufangen. Zahlreiche Desertionen fanden indeß in letzter Zeit von den Königlichen Truppen in das Lager der Insurgenten in St. Ubes statt. Man glaubt, der ganze Aufstand werde jetzt, nachdem die Intervention erfolgt sei, eine miguelistische Farbe annehmen, und es sollen auch bereits von England mehrere miguelistische Offiziere gelandet sein und in Villa Real eine Junta gebildet haben.

Großbritannien und Irland.

London, den 31. Mai. Die Dampf-Fregatte „Penelope" traf am 5ten mit drei Sklavenschiffen, welche sie bei ihrem Kreuzen an der Westküste von Afrika weggenommen hatte, zu St. Helena ein; eines derselben hatte 320 Sklaven an Bord.

Aus Dublin wird berichtet, daß am 23sten Mai 2 bis 3000 Personen in Kilkenny eine Versammlung hielten und erklärten, daß sie die Suppenküchen nicht länger dulden würden. — Zu Ardygommon griffen kürzlich über 100 Bewaffnete mehrere Häuser an, erbrachen unter Flintenschüssen die Thüren und nahmen einige Waffen weg. Auf den einen Hausherrn wurde ein Schuß abgefeuert, der zum Glück nicht traf.

Die „Caledonia", welche Halifax am 18ten Mai verlassen hat, bringt die Nachricht von einer blutigen Schlacht zwischen den Amerikanern und Mexikanern bei Cerro Gordo. Die Schlacht fand am 18ten April statt; die Amerikaner blieben Sieger, und 5000 Mexikaner streckten die Waffen. Santana ist entkommen und stand am 25ten April mit dem Rest der Truppen südlich von Jalappa. In der Hauptstadt schien man noch immer Widerstand leisten zu wollen.

Vermischte Nachrichten.

Posen den 8. Juni. (Wollmarkt.) Im Laufe des gestrigen Tages sind noch 5628 Ctr. Wolle zu Markte gebracht worden, so daß die Gesammtsumme der bis gestern Abend zum Verkauf gestellten Waare sich auf 17,573 Ctr. beläuft. Davon waren bis gestern Abend verkauft: 15,314 Ctr., so daß noch 2258 Ctr. unverkauft blieben. Die Preise blieben gedrückt, ja gingen zum Theil aufs Neue herunter, so daß von dem Ueberreste wohl ein Theil unverkauft bleiben dürfte, zumal die Käufer mit der Wäsche derselben nicht ganz zufrieden sind.

Hamburg. — Unsere Universität in spe hat bereits ihren Namen erhalten; man machte nämlich den Vorschlag, an die Stelle der abgebrannten St. Gertrudenkirche die Universität mit dem Vermögen dieser Kirche zu errichten und sie „Gertruden-Universität" zu taufen. Die Klerisei ist dagegen, aber der Vorschlag findet im Publikum sehr bedeutenden Anklang.

Der Bürgermeister Schwink in Würzburg erhielt am 29. Mai einen Brief mit der Stadtpost und wies ihn, da er von unbekannter Hand und nicht frankirt war, zurück. Der Brief mußte also amtlich geöffnet werden und enthielt anonym eine Zusendung von 300 Gulden in Banknoten, um dafür Brodt für die Armen zu kaufen. Jetzt konnte der Herr Bürgermeister nicht umhin, den Brief anzunehmen und dem unbekannten Sender öffentlich zu danken.

Aus Neapel schreibt man, daß es dort wegen eines unbedeutenden Vorfalls beinahe zu schweren Unruhen gekommen wäre. Der dortige Nuntius hatte von seinem Palast das päpstliche Wappen abnehmen lassen, weil es einer Reparatur bedurfte. Als das Volk dieses erfuhr, entstand ein Auflauf, der das Einschreiten der bewaffneten Macht veranlaßte und nicht eher gedämpft werden konnte, als bis der Nuntius, von der Ursache des Tumults benachrichtigt, das Wappen wieder aufstellen ließ. Man hatte im Volke geglaubt, der Nuntius hege die Absicht, in Folge eingetretener Zerwürfnisse Pius IX. mit der Neapolitanischen Regierung Neapel zu verlassen. Es ist dies ein neuer Beweis der großen Popularität, welche Pius IX. überall in Italien genießt.

Aus Hildburghausen. (Dorfz.) Der hohe Unbekannte, dessen geheime Reisen die Dorfzeitung schon seit vielen Jahren verfolgt, aber noch immer nicht mit Gewißheit hinter seine Schliche kommen kann, ist am 25. Mai Vormittags 10 Uhr unter Kanonendonner in hiesiger Gegend angelangt. Der hohe Unbekannte, dessen wahrer Name wie seine Herkunft ungeachtet vieler Hypothesen und gelehrter Abhandlungen noch nicht ausgemacht ist, ist der Höhenrauch. In besagter Stunde lag plötzlich ein schwefelartig riechender Nebel über der Erde, man hörte einen einzigen Donnerschlag und sofort trat nach zwei ungewöhnlich warmen Tagen eine empfindliche Kälte ein, die heute noch anhält. Die Sonne ging blutroth unter.

Theater.

Nach einer achttägigen Pause, während welcher nur Polnische Stücke zur Aufführung gekommen sind, werden, wie verlautet, in den nächsten Tagen zwei neue Deutsche Lustspiele, die auf andern Bühnen bereits den größten Beifall gefunden haben, hier auf die Bretter gelangen, nämlich: „Er geht aus" und: „Sie geht aus". Beide sind dem wirklichen Leben entnommen und bieten somit das Interesse von Tendenzstücken dar, das von dem Verfasser in beiden mit glücklichem Erfolge wahrgenommen ist. Refer. will daher das hiesige theaterfreundliche Publikum auf diese Novitäten, die sicher auch hier Beifall finden werden, aufmerksam machen.

G.

Stadttheater in Posen.

Mittwoch und Donnerstag Polnische Vorstellung.
Freitag den 11. Juni zum Erstenmale: **Mein Mann geht aus**; Lustspiel in 2 Aufzügen nach dem Französischen von H. Börnstein. — Hierauf zum Erstenmale: **Meine Frau ist ausgegangen**; Lustspiel in 1 Akt, frei nach dem Englischen von Meinert.

Mittwoch den 9ten Juni

CONCERT

von

Herrmann Gräbner, Pianist aus Dresden, unter besonderer gütiger Mitwirkung des Herrn **Ant. Kratky** und des Opernsängers Herrn **Curti**, so wie mehrerer hiesiger Künstler und Dilettanten, im Saale des Hôtel de Saxe. Anfang 5 Uhr. Ende 6½ Uhr.

Billets zu 15 Sgr. sind in der Mittlerschen Buchhandlung und Abends à 20 Sgr. an der Kasse zu haben.

Offener Arrest.

Ueber das Vermögen des Gastwirths Robert Przybylski hierselbst, über welches durch das rechtskräftige Erkenntniß vom 6ten Februar c. der Konkurs eröffnet worden ist, wird hierdurch der offene Arrest verhängt. Alle diejenigen, welche zu diesem Vermögen gehörige Gelder, Briefschaften, Sachen, Effekten, oder sonst geldwerthe Gegenstände in Händen haben, werden angewiesen, dem Cridar nicht das Mindeste davon zu verabfolgen, vielmehr davon binnen 4 Wochen bei dem unterzeichneten Gerichte Anzeige zu leisten und die Gelder oder Sachen, mit Vorbehalt ihrer Rechte, zur gerichtlichen Verwahrung anzubieten. Im Falle der Unterlassung gehen sie der ihrer daran zustehenden Pfand- und andern Rechte verlustig. Jede an den Gemeinschuldner oder sonst einen Dritten geschehene Zahlung oder Auslieferung aber wird für nicht geschehen erachtet und das verbotwidrig Gezahlte oder Ausgeantwortete für die Masse anderweit von dem Uebertreter beigetrieben werden.

Posen, am 26. Mai 1847.

Königliches Oberlandesgericht.
Abth. für die Prozeß-Sachen.

Tabak- und Cigarren-Auktion.

Um gänzlich zu räumen wird die Auktion von Pack-, Rollen- und Schnupftabak, Cigarren, sowie verschiedenen Fabrik-Utensilien rc. im Witkowskischen Hause, Sapiehaplatz No. 3., Donnerstag den 10ten Juni Vormittags von 9 und Nachmittags von 3 Uhr ab fortgesetzt. Anschütz.

Die hiesige Garnison-Schwimm-Anstalt wird mit dem 8ten Juni c. eröffnet. Die hieran, unter den frühern Bedingungen, Theil nehmen wollenden Schüler vom Civil, können die Eintrittskarten täglich von 10 — ½ 12 Uhr Vormittags, in der Anstalt selbst, oder beim Rechnungsführer des 1sten Bataillons 18ten Inf.-Regts., Feldwebel Zahn, kleine Gerberstraße No. 16. (vom 1sten Juli ab Bäckerstr. No. 13. b.) in Empfang nehmen.

Posen, den 4. Juni 1847.

Am 29sten Juni Vormittags um 10 Uhr gedenkt der Pinner Missions-Verein sein Jahresfest zu feiern, zu welchem er alle Missionsfreunde ergebenst einladet.

Ein Erbpachtsvorwerk

von 50 Scheffeln Winteraussaat und schönen Wiesen, die bis 80 Fornalwagen Heu geben, ist aus freier Hand zu verkaufen.

Näheres beim Herrn Kinzel, Gastwirth im „Schwarzen Adler" in Posen.

Wagen-Anzeige.

Es stehen bei mir vier Stück gebrauchte, gut in Stand gesetzte, neu auflakirte Wagen zum Verkauf, darunter eine halbbedeckte Korbbritschke, hinten auf Federn, für 55 Rthlr.

Gleichzeitig erlaube ich mir meinen Vorrath neuer moderner, gut gearbeiteter Wagen zu empfehlen; besonders zeichnen sich in Hinsicht ihrer guten Zuthaten und bequemer Einrichtung 3 große Familien-Wagen aus, welche der Kenner beim Beschauen als vollständig gelungene Werke anerkennen wird.

Auch bin ich bereit Bestellungen auf neue Wagen, wie auch Reparaturen zu übernehmen, und verspreche bei soliden Preisen die pünktlichste Vollziehung derselben. Posen, im Juni 1847.

W. Szczepański, Wagenfabrikant,
Gerberstraße No. 3.

☞ **Sommer-Anzüge**

nach neuester Mode gefertigt, empfiehlt zu billigen jedoch festen Preisen

☞ das Herren-Kleidermagazin ☜

von

☞ **Joachim Mamroth** ☜

Markt No. 56. erste Etage.

Fertige Kleidungsstücke für Herren.

J. H. Kantorowicz,
Markt Nro. 40. dem Rathhaus-Eingang gradeüber,
empfiehlt eine große Auswahl von Sommerröcken, Twinen, Reitfracks, Beinkleidern und Westen sowohl in Cort, Caschemir, Sommertuch und Drill.

Möbelmagazin,

Markt No. 44. im Kaufmann **Grätz**schen Hause.

Die vereinigten Tischler-Meister empfehlen ihre in großer Auswahl fertigen, modern und gut gearbeiteten Möbel, Trumeaux, Barock- und Consol-Spiegel und Polsterwaaren zu den möglichst billigen Preisen.



Eine Wirthschafterin

sucht bei einem ältlichen Herrn eine Stelle. Näheres Grünstraße No. 3. Parterre rechts.

Bekanntmachung.

Wegen einer Hauptveränderung der Wirthschafts-Verhältnisse des zur Herrschaft Wroblewo gehörigen Gutes Wierzchocin bei Wronke, Samterschen Kreises, wird vom 15ten Juni d. J. ab alle Tage sämmtliches todtes und lebendes Inventarium, nämlich: Pferde, Fohlen, Ochsen, Kühe, Jungvieh, Metisschaafe verschiedenen Alters, Wagen, Pflüge, Geschirre rc. aus freier Hand gegen baare Zahlung meistbietend verkauft, wozu Kauflustige hiermit eingeladen werden.

Wroblewo, den 6. Juni 1847.

Das Dominium.

Das Grundstück No. 7./415. an der Gerberstraße, mit großem Hof und Garten (1 Morgen und circa 100 □Ruthen Flächenraum) ist aus freier Hand sogleich zu verkaufen.

---

1 oder 2 möblirte Stuben vom 1sten Juli d. J. ab Berlinerstraße No. 13. 2 Treppen hoch zu vermiethen.

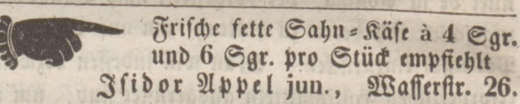
Mit heutigem Tage eröffne ich mein neues Etablissement im Gasthofe „zum Stern" in Murowanna-Goslin, vis-à-vis der Post, und bitte ein hochgeehrtes reisendes Publikum um geneigten Zuspruch. Schlichting.

Einige hundert Stück Fußbodentafeln, massiv, von ganz trockenem Ahorn, Birnbaum und Eichenholz, in verschiedenen Dessins, 3 Fuß im □ gearbeitet, stehen zum Verkauf bei

Carl Scholtz,
Markt- und Wronkerstraßen-Ecke No. 92.

Sämmtliche Sorten **Mineralbrunnen**, diesjähriger Füllung, **neue Heringe** und **Porter** empfehlen

T. Obrębowicz & Comp.
Markt No. 85.



Frische fette Sahn-Käse à 4 Sgr. und 6 Sgr. pro Stück empfiehlt Isidor Appel jun., Wasserstr. 26.

Heute Mittwoch den 9ten Juni:

Großes Gung'l'sches Konzert.

Programme werden an der Kasse ausgegeben.
Entrée à Person 2½ Sgr. Kinder 1 Sgr. Anfang Nachmittag 6 Uhr.
Ein geehrtes Publikum ladet ergebenst ein

Hildebrand, Königsstraße No. 1.

Am 4ten Mai c. ist ein von dem Herrn Samuel Lebenheim in Posen am 3ten Mai c. auf die Herren Gerb Bresch & Comp. an die Ordre des Herrn Benoni Kaskel nach Sicht zahlbares Accreditiv über 250 Rthlr., welches von Letzterm an Herrn Joseph Ephraim, und von diesem an den Herrn Friedrich Körner in Berlin girirt, verloren gegangen. — Indem man vor Ankauf dieses Accreditivs warnt, wird zugleich bemerkt, daß die nöthigen Maaßregeln bereits getroffen sind, darauf keine Zahlung erfolgen zu lassen.

Posen, den 30. Mai 1847.

Es ist eine goldene Cylinder-Uhr mit goldener Kette entwendet worden. Die Uhr hat ein Emaille-Zifferblatt und Stahlzeiger in 8 Steinen gehend, goldene Kapsel, im Gehäuse ist die No. 12,707. Hinten auf dem Gehäuse ist das Polnische Wappen emaillirt, ein Adler und ein Reiter, auch war das Glas gesprungen. Die Kette ist kurz, am Haken eine kleine Hand und das andere Ende der Kette ist schon gelöthet. Sollte die Uhr zum Vorschein kommen, so bitte ich mich zu benachrichtigen. Dem Anzeiger der Uhr wird eine angemessene Belohnung versichert.

Posen, den 7. Juni 1847.

J. Nowacki, Uhrmacher.

Thermometer- und Barometerstand so wie Windrichtung zu Posen, vom 30. Mai bis 5. Juni.

Tag.	Thermometerstand tiefster	Thermometerstand höchster	Barometer-Stand.	Wind.
30 Mai	+ 7,8°	+ 16,7°	28 Z. 2,4 L.	NW.
31. =	+ 10,2°	+ 12,4°	28 = 3,1 =	NW.
1. Juni	+ 5,6°	+ 12,3°	28 = 2,0 =	NW.
2. =	+ 5,0°	+ 15,6°	28 = 2,4 =	N.
3. =	+ 5,2°	+ 16,4°	28 = 2,3 =	NO.
4. =	+ 5,3°	+ 18,5°	28 = 2,0 =	NO.
5. =	+ 8,4°	+ 19,3°	27 = 10,2 =	NW.

(Hierzu Beilage.)

Landtags-Angelegenheiten.

Sitzung der Herren-Kurie am 31. Mai.

(Schluß.)

Graf Solms-Baruth: Dem ersten Theile des Antrages würde ich mich anschließen, dem zweiten nicht.

Freiherr Senfft von Pilsach: Die eine Bemerkung möchte ich mir erlauben, daß ich es für sehr wünschenswerth erachte, das jetzige Verfahren abzukürzen, aber es noch zu verlängern, erscheint mir bedenklich.

Marschall: Ich habe immer für das Zeichen der Verneinung das Aufstehen genommen. Geleitet hat mich dabei die Rücksicht, daß es oft vorkommt, und heute schon ist der Fall da gewesen, besonders oft bei Gesetzes-Vorlagen von größerem Umfange, daß über Paragraphen abgestimmt wird, ohne daß eine Diskussion stattgefunden hat, und dabei das Sitzenbleiben als Zeichen der Annahme gilt. Es ist mir aber erwünscht, bei dieser Gelegenheit zur Sprache bringen zu können, daß ich gern bereit bin, ein anderes Verfahren eintreten zu lassen, wenn es von der Versammlung gewünscht wird. Wenn also der Wunsch vorherrschend ist, daß als Zeichen der Bejahung das Aufstehen gewählt werde, so habe ich dem nichts entgegenzusetzen.

Graf Dyhrn: Ich glaube auch, daß es viel besser ist, wenn ein und dasselbe Zeichen ein für allemal gilt.

Marschall: Wir werden, da nun der Vorschlag des Grafen v. Kielmannsegge gefaßt ist, später auf den Gegenstand zurückkommen.

Referent Fürst Lichnowsky: Mein Vorschlag divergirt von dem des Herrn Grafen von Kielmannsegge. Ich glaube, daß, wenn über zwei Amendements abzustimmen ist, in der Regel beide Amendements vorher gehört werden. Das meinige lautet, „wenn 21 Mitglieder des Vereinigten Landtages und 6 Mitglieder der Herren-Kurie es verlangen, so muß nach der Abstimmung eine zweite Abstimmung erfolgen. Die Abstimmung ist dann die Probe, die zweite Abstimmung die Gegenprobe. Wenn bei der ersten Abstimmung oder der Probe die Mitglieder für stehen und gezählt werden, so stehen bei der zweiten Abstimmung oder Gegenprobe die Mitgliederr gegen auf und werden ebenfalls gezählt. Das Zählen geschieht durch die Ordner. Beide Zahlen summirt müssen die Zahlen der Gegenwärtigen geben; trifft dieses nicht zu, so waltet Irrthum ob. Wenn es von einem Mitgliede verlangt wird, so muß die Frage zwischen beiden Abstimmungen nochmals verlesen werden. Jede Debatte zwischen beiden Abstimmungen ist untersagt."

Frhr. v. Senfft-Pilsach: Ich muß mich dagegen erklären. Ich halte eine doppelte Abstimmung nicht für angemessen, weil sie zeitraubend ist, und weil der ersten Abstimmung dann schon von Hause aus nicht die ihr zu wünschende Aufmerksamkeit gewidmet werden möchte.

Graf Kielmannsegge: Ich schließe mich dem Amendement des Herrn Referenten sehr gern an. Ich muß bemerken, daß mir eine Menge Fragen bekannt sind, wo es von der größten Bedeutung war und wo die Regierung Nutzen daraus gezogen hat, daß die Abstimmung zum zweitenmal wiederholt worden ist.

Marschall: Die Meinung ist wohl nicht die, daß der Abstimmung am anderen Tage noch eine Berathung vorausgehen soll.

Ein Mitglied: Nur eine Verlesung der früheren Abstimmung, und darauf soll die andere Abstimmung folgen.

Marschall: Ich glaube, daß wir zur Abstimmung über diesen Gegenstand kommen können. Es ist über den prinzipiellen Antrag der Abtheilung wohl nichts weiter zu bemerken, er wird für angenommen anzusehen sein, und wir kommen also blos zur Abstimmung über den vorliegenden Vorschlag. Er ist hinreichend verstanden, wie ich glaube voraussetzen zu können, und wir werden also in der Weise zur Abstimmung kommen, daß diejenigen, welche ihm nicht beitreten wollen, das durch Aufstehen zu erkennen geben. Er ist nicht angenommen.

Eine Stimme: Ich bitte zu zählen.

Marschall: Es wird auf Zählung angetragen, und ich bitte die Herren Secretaire, zu zählen. (Nach einer Pause.) Der Vorschlag ist mit 31 Stimmen verworfen Es ist nun noch in kurzen Worten zurückzukommen auf das, was der Fürst zu Salm-Dyck vorhin erwähnte, daß es nämlich wünschenswerth wäre, auszusprechen, daß in dem Zeichen des Aufstehens oder Sitzenbleibens für Bejahung oder Verneinung nicht gewechselt würde. Ich muß bemerken, daß dieser Wechsel nicht stattgefunden hat, sondern daß ich aus den schon vorhin angeführten Gründen das Zeichen des Sitzenbleibens immer für das der Bejahung angenowmen habe. Ich bin aber auch sehr gern bereit, in Zukunft eine andere Abstimmungsweise eintreten zu lassen und das Zeichen des Aufstehens für das der Bejahung zu wählen, wenn die Versammlung der Meinung sein sollte, daß dies zu einem leichter übersichtlichen Resultat führen könne.

Ein Mitglied: Ich will mir nur vorzuschlagen erlauben, daß das Eine oder das Andere bestimmt ausgesprochen werde.

Marschall: Diejenigen, welche wünschen, daß in Zukunft das Zeichen des Aufstehens für das Zeichen der Bejahung angenommen werde, bitte ich jetzt, dies durch das Zeichen des Aufstehens zu erkennen zu geben. Die Majorität hat sich dafür ausgesprochen, es wird also künftig dies Verfahren zur Anwendung gebracht werden. Da die Zeit schon ziemlich vorgerückt ist, so ist die Fortsetzung der Berathung zur nächsten Sitzung zu verschieben, welche morgen um 10 Uhr stattfinden wird.

(Schluß der Sitzung $3\frac{1}{2}$ Uhr.)

Sitzung der Kurie der drei Stände am 1. Juni.

Die Sitzung beginnt um halb 11 Uhr unter dem Vorsitz des Marschalls v. Rochow mit Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung durch den Secretair Abg. v. Dolffs.

Marschall: Findet sich etwas gegen das Protokoll zu erinnern? Wenn sich nichts zu bemerken findet, so erkläre ich das Protokoll für genehmigt. Der Herr Abg. v. Vincke hat in einer allgemeinen Angelegenheit das Wort.

Abg. v. Vincke: Ich habe mir das Wort erbeten, um eine Frage an den Herrn Marschall zu richten in Beziehung auf das allgemeine Gesetz, bemerke aber eben, daß ich den anderen Theil meines Exemplars nicht zur Hand habe. Es ist in der Verordnung vom 3. Februar c., über die Bildung des Vereinigten Landtages, und zwar in dem §. 8, dem Landtage die Befugniß übertragen worden, nach Art. 13 ber Verordnung von 1820: „Die Rechnungen der Hauptverwaltung der Staatsschulden auf Grund der durch die Deputation für das Staatsschuldenwesen zu bewirkenden vorläufigen Prüfung abzunehmen und mittelst besonderer Gutachten zur Decharge Sr. Majestät vorzulegen." Da der Vereinigte Landtag in diesem Augenblick beisammen ist, so kann von dieser Uebernahme, von der Abnahme der Rechnungen durch den Ausschuß keine Rede sein, sondern es wird nach meiner Meinung dies eine Function sein, die der Vereinigte Landtag wahrzunehmen und zu erfüllen hat. Es könnte sich fragen, ob nicht eine Vorprüfung vorausgegangen sein muß, allein diese Vorprüfung scheint sich nicht auf den Vereinigten Landtag beziehen zu können, weil der Landtag zum ersten Male beisammen ist und noch keinen Ausschuß deputirt hat. Man mag über den Vereinigten Landtag denken, wie man will, so wird so viel gefolgert werden müssen, daß der erste Vereinigte Landtag diese Rechnungs-Prüfung vorzunehmen hat und nicht warten kann auf die später erfolgende Organisirung der Deputation, die erst auf ihn folgen muß, in diesem Augenblick also noch gar nicht existirt. Da unsere parlamentarische Thätigkeit mit dem nächsten Sonnabend sich endet, so scheint in Bezug auf die Prüfung der erwähnten Rechnung Gefahr im Verzuge zu sein und nöthig zu fallen, diese Rechnung während der noch übrigen 5 Tage der Prüfung zu unterwerfen. Ich wollte mir erlauben, den Herrn Marschall zu bitten, dafür Sorge tragen zu wollen.

Marschall: Der Hr. Landtags-Kommissar wird die Antwort selbst geben.

Landtags-Kommissar: Ich kann in dieser Beziehung zunächst die Aufklärung geben, daß des Königs Majestät mittelst gnädigster Botschaft vom gestrigen Tage die Dauer des Vereinigten Landtages auf 14 Tage zu verlängern geruht haben, und daß dieselbe wahrscheinlich heute noch hier zum Vortrage kommen wird, indem ich solche dem Herrn Marschall der Herren-Kurie bereits mit dem Ersuchen übergeben habe, sie möglichst bald an den Herrn Marschall dieser Versammlung gelangen zu lassen. Was aber den Antrag selbst betrifft, so unterliegt es keinem Zweifel, daß schon dieser erste Vereinigte Landtag dazu berufen ist, die in dem Gesetze vorgesehene Function in Beziehung auf die Staatsschulden-Rechnung zu erfüllen. Die Rechnungen der Haupt-Verwaltung der Staatsschulden gehen zuerst an die Ober-Rechnungs-Kammer, und von dort kommen sie hierher zurück, um denjenigen Weg, der von dem Gesetz, wie er so eben von dem geehrten Abgeordneten bezeichnet worden, vorgeschrieben ist, zu nehmen. Sie sind bereits an den Herrn Marschall übergeben, mit dem Ersuchen . . . .

Marschall: Ich habe sie noch nicht bekommen.

Landtags-Kommissar: Wenigstens habe ich ein Schreiben vollzogen, und es wird noch heute an den Herrn Marschall gelangen, worin ich ihn ersuche, die durch das Gesetz vorgeschriebene Prozedur vorzunehmen Ich bin übrigens der Ansicht, daß die Deputation für das Staatsschuldenwesen die ihr durch das Gesetz zugewiesene vorläufige Prüfung der Rechnungen vorzunehmen habe.

Marschall: Der Herr Abg. v. Metternich hat eine allgemeine Bemerkung zu machen.

Abg. v. Metternich: Der Herr Marschall hat uns gestern die Eröffnung gemacht, daß die Diskussion über die zur heutigen Berathung vorliegenden Fragen so lange soll fortgesetzt werden, bis Keiner in der Versammlung mehr darüber das Wort verlangen wird. So sehr wir auch den Gerechtigkeitssinn des Herrn Marschalls dankend anerkennen müssen, so muß ich doch bemerken, daß es wohl zu weit führen würde, wenn den 22 Rednern von gestern heute noch weitere eingeschriebene 54 folgen möchten. Ich glaube, es werden gewiß Wenige in diesem Saale sein, die sich über die vorliegende Frage nicht schon ihre Meinung gebildet haben; ja ich glaube annehmen zu dürfen, daß kein Mitglied in der Versammlung ist, welches nicht über das Patent vom 3. Februar c. und die etwa gewünschten Modificationen nicht schon seine Meinung mit hierhergebracht hat. Es hat sich in der Versammlung bereits herausgestellt, daß ein Theil derselben dahin strebt, möglichst viele Rechte auf das Gebiet der ständischen Befugnisse herüberzuziehen, und zwar weit über die Grenze dessen hinaus, was dem Lande durch das Allerhöchste Patent vom 3. Februar koncedirt worden ist, während ein anderer Theil glaubt, mit demjenigen, was uns durch das Allerhöchste Patent gegeben worden ist, zufrieden sein und die Erfahrung darüber sprechen lassen zu müssen, wie und wann das ständische Gebäude, das durch die Gnade Sr. Majestät des Königs jetzt unter Dach gebracht ist, zu vervollständigen sein möchte. Wenn ich im Geringsten nicht verkenne, daß wir alle Ursache haben, manche Wünsche in Beziehung auf die Modificationen unseres Verfassungs-Gesetzes schon jetzt zu verlautbaren. . . .

Marschall (unterbrechend): Ich muß doch den Herrn Redner durch eine Bemerkung unterbrechen und ihn bitten, auf das Materielle der Sache nicht einzugehen, da andere Redner vor ihm das Wort haben. Ich glaube, derselbe wird etwa den Wunsch ausdrücken wollen, ich solle die Debatte sich nicht so weit ausdehnen lassen.

Abg. v. Metternich: Das war auch meine Meinung, worauf ich sogleich gekommen wäre, wenn mich der Herr Marschall nicht unterbrochen hätte. Ich wollte nur vom Herrn Marschall die Geneigtheit erbitten, die hohe Versammlung zu fragen, ob die Debatte nicht zur Abstimmung reif sei.

Marschall: Nach dem, was ich in der gestrigen Sitzung erklärt habe, kann ich auf den gestellten Antrag nicht eingehen, sondern muß die Debatte fortgehen lassen. Vorher will ich aber doch die hohe Versammlung fragen, ob es ihr nicht vielleicht genehm sein wird, über einen Gegenstand sehr einfacher Art einen Beschluß zu fassen. Die Herren Mitglieder werden im Besitze eines Protokolles sein, betreffend den Beschluß der Herren-Kurie wegen der Theilnahme an den Verhandlungen der Kurien durch ihre gegenseitigen Mitglieder. Der Gegenstand steht allerdings nicht auf der Tagesordnung, allein es wäre möglich, daß nach dem Vortrage dieses Protokolls und einigen kurzen Erläuterungen des Herrn Referenten von der hohen Versammlung beschlossen würde, dem Antrage beizutreten, um der Herren-Kurie einen Beweis des Zuvorkommens ihrer Wünsche zu geben. Ich schlage vor, diesen Versuch zu machen. Sollte sich eine Diskussion darüber erheben, so müßte freilich die Beschlußnahme ausgesetzt bleiben.

Abg. v. Vincke: Darf ich mir die Frage erlauben, ob der Gegenstand schon in der Abtheilung berathen worden ist?

Marschall: Ja! Ist Ihnen das Protokoll nicht zugekommen? Es steht sehr gern mein Exemplar zu Diensten. Ich bitte den Herrn Abgeordn. Sattig, den Referentenplatz einzunehmen.

Referent Sattig liest: Der vierten Abtheilung lag heute der an die Kurie der drei Stände mitgetheilte Beschluß der Herren-Kurie: an des Königs Majestät die allerunterthänigste Bitte zu richten, Se. Majestät der König wolle Allergnädigst zu gestatten geruhen, daß die Mitglieder der einen Kurie den Verhandlungen der anderen als Zuhörer beiwohnen dürfen, zur Berathung vor.

Marschall: Vielleicht möchte die hohe Versammlung diesen Antrag der Abtheilung für unbedenklich halten.

Abg. v. Vincke: Ich habe eine Bemerkung vorzutragen, die ich mir nicht als eine persönliche Bequemlichkeit auszulegen bitte. Es haben sich mehrere Mitglieder hier auf diese Plätze gesetzt, um die Vorträge besser hören zu können. Ist es wohl die Absicht, den Mitgliedern der anderen Kurie diese Sitze einzuräumen?

Marschall: Nein! Sondern die Absicht ist die, daß die Tribünen, die sich in den Sälen befinden, für diesen Zweck benutzt werden. Ich will fragen, ob die hohe Versammlung, als ein Beweis ihres Zuvorkommens gegen die Wünsche der anderen Kurie, diesem Beschlusse ohne weitere Diskussion beistimmen will? Wenn irgend Jemand dagegen etwas zu erinnern findet, so bitte ich, sich zum Wort zu melden. Da dies nicht geschieht, so nehme ich an, die Versammlung sei dem Antrage der Abtheilung einstimmig beigetreten. Ich werde den Herrn Referenten bitten, das Konklusum aufzusetzen. Es könnte meines Dafürhaltens heute noch geschehen und dem Herrn Marschall der Herren-Kurie übersendet werden. Wir fahren nun fort in der gestern abgebrochenen Berathung.

Abg. Rasch: Die Frage, um welche sich am gestrigen Tage die Debatte gedreht hat, und um welche sie sich auch heute noch bewegen wird, die Frage: ob ein Rechts-Anspruch auf eine periodische Einberufung des Vereinigten Landtags vorhanden ist, oder ob nur die Nützlichkeit und Nothwendigkeit einer solchen Anordnung geltend gemacht werden solle, wird bei der großen Verschiedenheit der Ansichten über diesen allerdings nicht zweifelsfreien Gegenstand in diesem Saale wohl schwerlich zu einer Uebereistimmung führen. Es fragt sich aber, ob nicht auch ohne Lösung dieser Frage dennoch eine Uebereinstimmung der Ansichten in Erstrebung des gemeinsamen Zweckes zu erreichen möglich ist. Der Zweck ist wohl für uns alle derselbe: Wir wünschen eine allgemeine Landes-Repräsentation, sei sie genannt Reichstag, oder wie immer, eine ständische Vertretung für die ganze Monarchie in ihrer Einheit, mit möglichst umfangreichen Befugnissen und mit festbestimmter periodischer Wiederkehr ihres Zusammenseins, durch eine unwiderrufliche Verfassungs-Urkunde verbürgt zu erhalten. Das ist der eine und alleinige Zweck von allen Mitgliedern nach allen Seiten hin. Ich glaube, dieser Zweck ist zu erreichen auf dem Wege des Antrages, der dahin gehen dürfte: „daß die ständische Deputation für das Staats-Schuldenwesen wegfalle und deren Function auf eine vom Vereinigten Landtage in gewöhnlicher Art zu ernennende Abtheilung übergehe."

Abg. Krause: Hohe Versammlung! Dem Stande der Landgemeinden angehörend, dessen Meinung wahrhaft nicht politisch sein kann, der sich nur beschäftigt mit dem Landbau in ruhiger und friedlicher Stille, der bemüht ist, Nahrungsmittel zu erzeugen, damit das Volk leben kann, und seine Abgaben zu bezahlen; diesem Stande angehörend, der in diesem Saale, in dieser Versammlung schwach vertreten ist, der vielleicht auf 1 bis 200,000 Seelen nur einen Vertreter hat, von welchen sehr viele auf ihn rechnen, nicht um ihnen Hülfe zu schaffen, dazu möchte derselbe zu schwach sein, sondern um ihre Verhältnisse, Bitten und Beschwerden vorzutragen und zu vertheidigen, und ich halte es daher für meine Pflicht, meine Ansicht im praktischen Sinne hier auszusprechen. Diese geht dahin, Se. Majestät den König allerunterthänigst zu bitten, stets nur mit dem Vereinigten Landtage zu verhandeln, dagegen nie Ausschüsse, große oder kleine, um sich versammeln zu wollen. Daß unter dieser Aegide Krone, Reich und Volk gesichert seien, glaube ich überzeugt zu sein. Wir haben ruhig gelebt und unsere Steuern bezahlt. Wir hatten Provinzial-Landtage, wir hatten Bitten und Beschwerden eingereicht, man hat allerdings nicht viel davon gesehen und gehört, indeß es war doch immer eine Hoffnung. Endlich erscheint das Patent vom 3. Februar, und wie ein elektrischer Schlag durchdringt es das ganze Volk. Beklommenheit, Angst ergriff mich, als ich diese Allerhöchsten Patente las, ob Andere auch, weiß ich nicht; aber ich bin mit großem Kummer in diese große Stadt, in diese hohe Versammlung getreten, weil ich nicht begriffen habe, wie ich es deuten soll. Erst seit gestern ist es mir klar geworden. Einer der geehrten Redner hat gestern gesagt, die Gesetzgebung hat 30 Jahre geschlafen. Daraus ist mir klar geworden, daß ich auch eben mit geschlafen habe, (große Heiterkeit) daß ich eben das Gesetz nicht mehr recht im Gedächtniß gehabt habe. In dem Patente stehen die Worte: Staatsgarantie, Anleihe und mehrere solche Sachen, die mir ganz neu gewesen sind, und darum habe ich mich auf einem Felde bewegt, daß mir angst geworden ist. Das Gesetz von 1820, das ich allerdings seither nicht mehr gelesen habe, ist mir dadurch wieder ins Gedächtniß gerufen worden, und jetzt bin ich viel beruhigter, als ich hierher gekommen bin. Ich wünsche also blos, daß der Antrag, den ich beistimmend stelle, denn es sind in meinem Sinne schon sehr viele gestellt, durchgehen möchte, der Antrag nämlich, daß Se. Majestät gebeten werde, alle Landes-Angelegenheiten nur mit dem Vereinigten Landtage verhandeln und uns die Wahl der Ausschüsse und der Staatsschulden-Deputation zu erlassen. Wenn dies geschehen ist, werde ich wieder in meine stille Heimath beruhigt zurückkehren, und kein Opfer wird mir zu groß sein, was ich für König und Vaterland zu bringen habe. (Mehrstimmiges Bravo.)

Abg. Frhr. v. Manteuffel II.: Meine Herren! Ich vermisse in dem Gutachten der Abth. die Aufstellung und Beantwortung der Frage, die ich für eine wesentliche halte. Diese Frage geht dahin: welcher Natur ist das Gesetz vom 3. Februar 1847, gegen welches jetzt petitionirt, welches also gewissermaßen getadelt werden soll. Ich muß die Frage dahin beantworten, daß es ein organisches Staatsgesetz sei, und ich muß hinzufügen, daß ich mir bei einem derartigen Gesetze Rechts-Begründungen und in Folge davon Rechts-Verletzungen nicht füglich denken kann. Ich frage, wo waren die Rechts-Begründungen vor den Gesetzen von 1815, 1820 und 1823? Ich frage, wo würden wir hinkommen, wollten wir von Zeitabschnitt zu Zeitabschnitt zurückgehen an den Faden dieser angeblichen Rechte? Wir würden hinkommen in das Mittelalter und würden uns von den jetzigen zeitgemäßen Institutionen wesentlich entfernen. (Murren.)

Marschall: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Abg. Frhr. v. Manteuffel II.: Wenn daher eine Kritik dieses Gesetzes ausgeübt werden soll, wozu ich die hohe Versammlung für völlig berechtigt erachte, so glaube ich, daß die Kritik gestützt werden muß auf die Zweckmäßigkeit dieser jetzigen Gesetze. Ich kann nicht absehen, daß immer nur in einer bestimmten Reihe von Jahren der Fall eintreten solle, daß eine Bewilligung erfolgen solle, oder daß die Krone ein Gutachten der hohen Versammlung verlange. Die Krone kann das Gutachten im nächsten Jahr, sie kann es in einem späteren Zeitpunkte verlangen. Darum kann ich mich einer Bitte nicht anschließen, welche auf die Periodizität hinzielt. Dagegen bin ich allerdings der Ansicht, daß die Ausschüsse zur Herstellung der Konsequenz des Gesetzes aus demselben entfernt werden müssen. Es ist gestern von einem verehrten Redner von dieser Stelle hier gesagt worden, der Kampf muß ein ehrlicher sein. Meine Herren! Ich bin hiermit vollständig einverstanden, und unter einem ehrlichen Kampfe verstehe ich einen offenen Kampf. Ich glaube deshalb, daß auch meine Pflicht gebietet, mich hier offen auszusprechen. Ein anderer geehrter Redner vom gestrigen Tage hat eben so offen erklärt, er könne die rechtliche Begründung zur periodischen Wiederkehr des Landtags allerdings nur in der einen früheren Vorschrift finden, die dahin gehe, daß jährlich Rechnung gelegt werden solle. Derselbe Herr Redner hat aber von diesem Platze hinzugefügt, wie ich anerkenne, offen: wenn nur dies eine Recht da wäre, dann würden sich die übrigen Rechte finden. Meine Herren! Ich erkläre Ihnen offen, ich mag diese Rechte nicht finden, ich will verbleiben ein berathender, ein bewilligender Stand, aber nicht ein Stand, der auch nur einen Schritt höher steht.

Abg. Heyer: Es ist gestern von einem der Herren Redner gesagt worden, es schiene ihm die Motivirung durch Rechtsgründe dadurch nöthig zu sein, weil sonst nicht vorhergesehen werden könnte, welche Aufnahme unsere Bitte finden werde. Das muß ich entschieden zugeben. Welche Aufnahme sie finden wird, das können wir nicht wissen; das scheint mir aber klar zu sein, daß es sowohl der Aufnahme der Petition, als der ganzen Entwickelung ständischer Rechte nur schaden kann, wenn der Landtag schon bei seinem ersten Zusammentritte eine Neigung zeigt, einen Uebergriff seiner Rechte zu begehen.

Marschall: Der Herr Abg. v. Vincke hat eine persönliche Bemerkung zu machen.

Abg. Freiherr v. Vincke: Der vorletzte verehrte Redner, dessen Offenheit ich alle Gerechtigkeit widerfahren lasse, hat eine Bemerkung gemacht, die ich nur wohl auf meine Person beziehen kann; er hat nämlich gesagt, daß einer der Redner vor ihm, worin ich mich zu erkennen glaube, bemerkt habe, daß er die Periodizität als rechtlich begründet nur so weit deduziren könne, als der Vereinigte Landtag alljährlich zur Abnahme der Rechnung zusammenkommen müsse, daß sich übrigens dann die übrigen von selbst finden würden. Zu dieser Bemerkung muß ich mich vollständig bekennen; ich habe sie aber nicht in dem Sinne verstanden, den mir der verehrte Redner untergelegt hat. Ich will mich mich mit derselben Offenheit, wie er gethan hat, hier erklären. Ich gehöre keineswegs zu denen, welche unbedingt die Rechte des Vereinigten Landtages auf diejenigen beschränkt sehen möchten, welche aus den Gesetzen, sei es aus dem Patent vom 3. Februar, sei es aus früheren Gesetzen, abgeleitet werden. Ich bin der Ansicht, daß es unmöglich ist, in die Zukunft zu schauen und alles das vorauszusehen und zu fordern, was vielleicht für unsere Nachkommen wünschenswerth sein mag, und ich habe die Ueberzeugung, daß unsere Monarchen, wie sie es in der Vergangenheit gethan, auch späterhin das Zeitgemäße und Nothwendige erkennen und sich ihm nicht widersetzen werden. Das ist meine Ueberzeugung für die Zukunft. Wenn ich aber gestern von Rechten gesprochen habe, die sich finden werden, dann habe ich an die Rechte gedacht, welche dem jetzigen Vereinigten Landtage für sein gegenwärtiges Zusammensein zustehen, und wenn ich gesagt habe, daß ich eine rechtliche Nothwendigkeit der Periodizität nur in der Ablage der Rechnung finden könne, es würden sich dann die übrigen Rechte schon finden, so habe ich die jetzt bestehenden gemeint, d. h. die Rechte, die der geehrte Redner selbst in Anspruch nimmt, das Recht, Propositionen zu begutachten, über Anleihen und Steuern zu beschließen und ein sehr wesentliches Recht, das der Herr Redner mit Stillschweigen überging, das Petitionsrecht.

Abg. Werner: Meine Herren! Nachdem schon gestern der Rechts-Anspruch auf alljährliche Einberufung der Reichsstände und auf das Wegfallen der Ausschüsse und Deputationen in so schönen und wahren Worten ausgesprochen und klar gemacht worden ist, will ich keineswegs wieder darauf zurückkommen und dafür nur auseinandersetzen, daß hier gerade einige Worte, welche gegen diese Ansicht von dem Herrn Justiz-Minister gesprochen worden sind, für diesen auch meinen Glauben sprechen. Dies erlaube ich mir kurz hier noch zu erläutern. Es heißt: „Es soll dabei nicht bestritten werden, daß aus dem Ausdrucke des Gesetzes von 1820, Art. 13, die Meinung entstehen konnte, als werde künftig alljährlich eine größere Versammlung berufen werden. Zwischen einer solchen Erwartung und einem verliehenen Rechte ist ein großer Unterschied". Hieraus folgt, daß der Herr Minister selbst zugiebt, daß eine Meinung entstehen konnte und mußte, daß eine Erwartung getäuscht worden ist. Diese Meinung mußte allerdings nach dem klaren Sinn, nach den klaren Worten des Gesetzes von 1820 in uns entstehen, und die getäuschte Erwartung ist allemal etwas Bitteres. Ferner giebt der Herr Minister selbst zu, daß in mehreren Stellen der früheren Gesetze nur von Einer reichsständischen Versammlung die Rede sei, nicht von mehreren, daß also dieser Ausdruck und die damit verbundene Eigenschaft nicht bezogen werden könne auf mehrere und verschiedene Versammlungen, wie sie durch das Gesetz vom 3. Februar begründet sind. Es ist etwas, wo wir alles Mögliche thun müssen, um sie, diese Spaltung, finde sie sich, wo sie wolle, zu vermeiden. Wir müssen Alles anwenden, um jede Spaltung, die zwischen Volk und Regierung vorhanden ist oder eintreten könnte, zu verscheuchen; wir müssen Alles anwenden, damit das Volk sich enger um den Thron seines

Fürsten schaare und ein Bollwerk nach außen bilde. Aber auch wir müssen bei uns, bei einer so hochwichtigen Frage, jede Spaltung zu vermeiden suchen, und ich glaube, daß wir dies am besten erreichen, wenn wir uns dem Amendement des Abgeordneten von Westphalen anschließen, dem ich aus voller Seele beistimme.

Abg. v. Brünneck: Meine Herren! Ich darf als bekannt voraussetzen, daß die Stände des Königreichs Preußen bei Gelegenheit der Erbhuldigung Sr. Majestät des jetzt regierenden Königs auf die Geltendmachung ihrer älteren Rechte und Privilegien freiwillig verzichteten, obgleich sie damals zu derselben ausdrücklich aufgefordert wurden. Sie verzichteten auf die Geltendmachung dieser von allen Landesherren durch besondere Assekuranz-Akte garantirten Privilegien und Rechte in der Voraussetzung und in dem vollen Vertrauen, daß die Verheißungen, die des höchstseligen Königs Majestät durch dte Gesetze vom Jahre 1810 bis zum Jahre 1823 gewährt hatten, zur Ausführung kommen würden. In diesem Vertrauen sind wird nicht allein durch unsere Berufung zu dem Vereinigten Landtage, sondern ganz besonders noch durch die Allerhöchste Botschaft vom 22. April d. J. bestärkt worden; denn ganz entschieden hat des Königs Majestät in dieser Ihrer Allerhöchsten Botschaft auszusprechen geruht, daß Allerhöchstdieselben die Verheißung jener Gesetzgebung erfüllt haben wollen. Sie haben aber auch zu gleicher Zeit uns den Weg zu eröffnen geruht, auf dem wir diejenigen Zweifel zur Erledigung bringen dürfen, die über den wahren Sinn der Gesetzgebung vom 3. Februar noch vorwalten möchten. Daher dürften wir denn nicht sowohl berechtigt als verpflichtet sein, Sr. Majestät dem Könige von unserer verfassungsmäßigen Stellung aus diejenigen Zweifel in aller Ehrerbietung darzulegen, welche noch in Rücksicht der Uebereinstimmung zwischen den Gesetzen vom 3. Februar und den früheren Verheißungen vorwalten. Wir dürften verpflichtet sein, Sr. Majestät dem Könige ehrerbietigst anzuzeigen, inwieweit die Hoffnungen und Erwartungen des Volkes, welche auf jene Gesetzgebung sich gründeten, uns noch nicht vollständig erfüllt zu sein schienen. Je dankbarer es erkannt werden muß, wie Großes und Vieles in dieser Beziehung geschehen ist, wie Manches geschehen ist, was unsere Erwartungen übertroffen hat, desto mehr würden wir dazu verpflichtet sein und desto weniger würden wir entschuldigt werden können, wenn wir diesen von des Königs Majestät vorgezeichneten Weg nicht betreten. Ich glaube, dies voranschicken zu müssen, um alle Bedenken, welche in dieser Beziehung vielleicht in der hohen Versammlung noch vorwalten könnten, zu beseitigen. Ich glaube, daß die Anträge, welche uns vorliegen, nicht nur in unserem Rechte, sondern auch in unserer Pflicht liegen, und daß sie ganz zeitgemäß sind. Es kann dabei aber nicht auf eine Uebereinstimmung der Verordnungen vom 3. Februar mit den früheren Gesetzen ihrem Wortlaute nach, sondern ganz allein ihrem Sinne nach ankommen. Was die Ausschüsse betrifft und die Deputation, auf deren Wegfall angetragen worden ist, so möchte ich den Herrn Minister der Gesetzgebung, der die Rechtsgründe dafür zu widerlegen sich bemüht hat, nur auf Eins aufmerksam machen. Derselbe hat nämlich am Schlusse seiner Rede gesagt: „der Ausdruck reichsständische Versammlung kann durchaus keine andere Bedeutung haben, als den Gegensatz von provinzialständischen Versammlungen zu bezeichnen.“ Dem trete ich vollkommen bei. Er hat aber auch gesagt, der Ausdruck reichsständisch sei gleichbedeutend mit centralständisch. Nun frage ich: wie kann es mehr als ein Centrum geben, wie kann es für eine Vereinigung der acht peripherischen Provinzial-Landtage mehr als eine centralständische Versammlung geben? Ich habe mich nur auf diese Bemerkung beschränken wollen, denn ich bin um so weniger geneigt, dem Herrn Minister der Gesetzgebung auf dem von ihm betretenen Wege zu folgen, als ich die Befähigung dazu mir nicht anmaßen darf, und auch schon aus dem Grunde nicht, weil der Herr Minister allein mit dem Wortlaute, also mit dem formellen Rechte, sich beschäftigt hat, aber nicht auf das Wesen der Verheißung der früheren Gesetze eingegangen ist, auch nicht auf eine historische Beleuchtung dieser Verhältnisse, wie man von dem Vertreter der historischen Schule doch wohl erwarten dürfe. Ich glaube aber, daß wir es nur mit dem Sinne der früheren Gesetzgebung zu thun haben. Ich schließe mich übrigens den Anträgen der Abtheilung an und wünsche, daß eine Vereinigung der Versammlung zu Stande käme, die am besten dadurch zu erreichen sein würde, daß wir sowohl die Gründe der Nützlichkeit und innern Nothwendigkeit als auch die geltend gemachten Rechtsgründe zur Motivirung unserer Anträge benutzen.

Abg. v. Schadow: Obgleich ein großer Redner der Fraktion der 138 noch vor kurzem das als bedenklich bezeichnete, was uns in hastiger Eile von dem Standpunkte des 3. Februar entfernte, so befinden wir uns nichtsdestoweniger heute in einer heftigen Diskussion hierüber. Eine mäßige konservative Meinungs-Aeußerung läuft Gefahr, als retrograd bezeichnet zu werden. Wenn aber ein Sinn in die Bezeichnung „konservativ“ und in den Gegensatz „fortschreitend“ . . . . . (Viele Stimmen: Nicht ablesen!) gelegt werden soll, so kann es vernünftigerweise nur der sein, daß man das Gute konservire und das minder Gute oder Schlechte rechtzeitig bessere, daß man mithin fortschreiten will. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß alle Angriffe . . . . (Der vorige Ruf: Nicht ablesen, wird immer lauter. Pause.) Ich will mich nur ein bischen besinnen. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß alle Angriffe, welche auf das Gesetz vom 3. Februar gemacht worden sind, aus dem reinsten Patriotismus hervorgehen, erlaube ich mir doch die Frage: Haben wir bisher Gelegenheit gehabt, diese Gesetzgebung zu prüfen, eine Erfahrung darin zu machen? . . . (Nochmaliger ungestümerer Ruf auf Unterlassung des Ablesens.) Bewährt sie sich in der Praxis . . . . . (Derselbe Ruf wird immer heftiger.)

Abg. Frhr. v. Vincke: Das Geschäfts-Reglement gestattet nicht, die Reden abzulesen. (Abg. v. Schadow verläßt die Rednerbühne.)

Abg. v. Donimierski: Meine Herren! Die Geschichte lehrt uns, daß ständische Ausschüsse nur dazu dienen, Mißtrauen zwischen Volk und Fürst zu säen Erwägen wir, meine Herren, daß dieser erste Vereinigte Landtag die Aufgabe hat, die Elemente zu einer Verfassung zu legen. Je ienfacher, desto sicherer und fester sind sie. Weiter entwickeln wird sich diese Verfassung bei dem öffentlichen Leben, wie es bei uns besteht, dem Charakter und dem Geiste des Volkes gemäß. Der Geist des Preußischen Volkes ist ein bestimmter, er ist der des Fortschrittes. In diesem Geiste hat sich Preußen an die Spitze der Reformation gestellt, in diesem an die Spitze des Freiheitskrieges im Jahre 1813, in diesem Geiste ist die Gesetzgebung von 1815 bis 1820 gegeben; durch ihn ist Preußen mit nur 15 Millionen Einwohnern zu einer Europäischen Großmacht geworden, und dieser Geist herrscht noch, und er wird die Formen der Verfassung bilden, wie der Gedanke das Wort findet. Meine Herren! Hüten wir uns, in die erste Grundlage der Verfassung Elemente hineinzulegen, die nach allen Erfahrungen der Geschichte nur Zwiespalt zwischen Fürst und Volk herbeiführen. (Bravo!)

Abg. v. Saucken: Ich bin der Ansicht, wie dies auch in anderen Fällen stattfindet, daß überall, wo ein neues Gesetz ein anderes aufheben, ergänzen und deklariren soll, in der Regel dabei steht: Alle anderen Bestimmungen sind aufgehoben. Dies fehlt in dem Patente, und deshalb schließe ich mich dem Amendement, mit Ausnahme vielleicht weniger Abänderungen in der Form, dem Antrage des Abgeordneten aus Westphalen an. Nun komme ich zu den Bedenken, welche von vier Rednern aus der Mark Brandenburg aufgestellt worden sind. Diese Herren stehen in der Stellung als Abgeordnete, bekleiden aber auch zugleich hohe Aemter im Staate. Ich gebe zu, daß sie in dieser Beziehung vielseitigere Ansichten haben, als ich, der ich nichts bin, als ein einfacher Volksvertreter. (Bravo!) In dieser Beziehung habe ich ganz andere Ansicht von der Sache. Ich erkenne mit ihnen an, was unser verehrter König dem Volke gegeben hat, ich erkenne an, daß Er den in Seinem Herzen Jahre lang getragenen Gedanken jetzt zur Ausführung gebracht hat, Sein Volk fortzuführen in jeglicher Art der Entwickelung und den Bau segensreich fortzuführen; aber, meine Herren, ich betrachte dies nicht als eine Gabe, als ein Almosen, was Er hingegeben hat. Nein, Er hat einen ganz anderen Zweck gehabt, Er hat einen Bau gründen wollen, wo Jeder aus Seinem Volke künftig ruhig und behaglich wohnen könne, einen Bau, geschirmt von der schönen, erhabenen Kuppel, die der König Selbst ist. Einen solchen Bau wollte Er gründen. Den Bau mit auszuführen, hat Er ausdrücklich uns geboten. Meine Herren, ich sehe jetzt in dem uns Gegebenen das herrliche Material; erlauben Sie mir, bildlich zu sprechen. Ich sehe die schönen Quadsteine auf die Erde gelegt, ich sehe die himmelanstrebenden Säulen, die das Dach tragen sollen; wir sollen sie fügen zu einem festen Bau, der unerschütterlich steht, für alle Zeit, für Kinder und Kindeskinder, im Glanze Preußens Aar tragend. Ich finde aber und Viele in dieser Versammlung mit mir, daß der Mörtel fehlt, der diese Steine festbinden soll; dies ist der Rechts-Boden. Dieser muß erhalten werden, und das Vertrauen auf die Gesetze muß einem Volke vor Allem festgegründet sein. Diesen Mörtel zuzufügen, halte ich nun für die erste Pflicht von uns, und ich muß gestehen, wenn ich auch alle mögliche Rücksicht, auch die zarteste für meinen König, bei Jedem ehre und selbst bewahre, so würde ich es ohne tiefe Beschämung, ohne innere Zerrüttung nicht im Stande sein, vor ihn zu treten, wenn ich nicht gesagt hätte: zu dem Bau, den du beginnen willst, den auszuführen du uns berufen hast, zu dem fehlt noch dies, fehlt noch jenes, was wir bedürfen, um dem Bau eben den Halt zu geben, den Du König in Deiner weisen väterlichen Gesinnung für das Wohl Deines Volkes ihm hast geben wollen (Vielstimmiger Bravoruf.) Deshalb bitte ich Sie, meine Herren, lassen Sie sich nicht durch die Bedenken bestimmen, es könnte den König verletzen. Wir wollen ja nicht etwas haben, wir wollen nicht neue Rechte haben, nachdem er vermehrt gegeben hat, wir wollen nicht sagen, gieb uns noch mehr, nein! wir wollen nur sagen: dies ist nothwendig, um zusammenfügen, um Deinen Willen erfüllen, um fortbauen zu können an dem, was Du begründet hast und was Du vollenden mögest, zum Segen Deines Landes. (Bravoruf.)

Abg. v. Finkenstein: Es scheint wirklich nothwendig zu sein, daß, wenn man auf diesen Rednerstuhl tritt, man zuerst von seiner persönlichen Stellung sprechen muß. Ich sage also ganz kurz, daß ich weder zu der Partei, die im Englischen, noch zu der gehöre, welche im Russischen Hause zusammenkommt. Ich bin niemals in einer von beiden gewesen, ich bin, seit ich den Freiheitskrieg mitgemacht habe, kein Staatsbeamter gewesen — ich war damals Lieutenant, habe später nicht dem Staate gedient. — Ich erwarte auch nichts weiter von dem Staate, als den allgemeinen Schutz und die allgemeinen Segnungen, die man unter einer guten Regierung hat. Auch haben mir weder die höchsten, noch die weniger hohen Räthe der Krone besondere Mittheilungen gemacht, wie wir gehört haben, daß es Anderen geschehen ist, — aus dem Grunde, weil ich sie nicht verlangt, nicht darum gebeten habe. — Es sei also nach dieser Vorausschickung mir erlaubt, meine Meinung vollkommen unbefangen über die Frage auszusprechen, die jetzt vorliegt, — über die Bitte um periodische Wiederkehr des Landtags. Es ist sehr viel gesprochen und sehr viel von dem Rechtsboden angeführt worden, auf dem wir stehen, auf welchem wir diese Bitte thun sollen. Allerdings glaube ich, daß, wenn wir eine solche Frage, eine solche Bitte an den König richten wollen, wir auf einem sehr festen, gesunden und naturwüchsigen Rechtsboden stehen Dieser ist nämlich das alte Deutsche Recht, die uns angeborne Deutsche Gesinnung, Deutsche Sitte, Deutsche Zucht und der Wille Sr. Majestät, der auf diesem Deutschen Rechtsboden unsere neue Verfassung gründen will. Ich halte dafür, daß, wenn es nothwendig ist, Se. Majestät um periodische Wiederkehr des Landtags zu bitten, so stehen wir auf einem vollkommen guten Rechtsboden. Ich bin Einer von den glücklichen Leuten, die ein vollkommenes Vertrauen in des Königs Majestät und Seine Regierung haben und die also glauben, daß auch der König und Seine Regierung auf der angefangenen Bahn wohl fortschreiten werden. Ich kann mich aber freilich auch nicht anders überzeugen, als daß auf dem Punkte, auf dem wir jetzt stehen, eine periodische Wiederkehr der Landtage wohl zu wünschen sei. Ich stimme aber ganz und gar gegen den Ausschuß, wenn er wirkliche Rechte geltend machen will, wohl aber für periodische Wiederkehr des Landtags und dafür, daß die Ausschüsse wegfallen mögen.

Marschall: Der Herr Abgeordnete von Massow wünscht eine persönliche Bemerkung zu machen.

Abg. v. Massow: In Beziehung auf das, was die beiden geehrten Redner, die wir zuletzt gehört haben, hinsichtlich der Königlichen Beamten, die sich in dieser Versammlung befinden, und insbesondere hinsichtlich der Königlichen Beamten aus der Provinz Brandenburg, zu denen zu gehören ich die Ehre habe, geäußert haben, richte ich hier die Bitte an die hohe Versammlung, ja, ich möchte mehr sagen, ich nehme die Gerechtigkeit der hohen Versammlung dafür in Anspruch, daß man uns zutraue, daß wir hier nach

unserem Gewissen und unserer Ueberzeugung reden, und daß keine andere Rücksicht uns bestimme, etwas zu sagen oder für etwas zu stimmen.

Abg. Graf v. Merveldt: Ich erlaube mir einen Vorschlag der hohen Versammlung vorzulegen, wonach ich gehorsamst anheimstelle, ihre Entschließung in dieser Angelegenheit zu fassen. Dieser Vorschlag würde dahin gehen: „Die hohe Versammlung möge beschließen, unter Darlegung ihres ehrfurchtsvollen Dankes für die in der Königlichen Botschaft vom 22. April d. J. Allergnädigst ertheilte Zusicherung einer Wiederberufung des Vereinigten Landtages innerhalb der nächsten vier Jahre, Sr. Majestät die in unserer Mitte und in der Nation erwachten ferneren Wünsche nicht verhehlen zu dürfen, daß außer denen dem Vereinigten Landtage ausschließlich beigelegten Attributen auch das zur Zeit noch gleichmäßig den ständischen Ausschüssen bewilligte Recht des Beirathes der Krone, wenigstens in allen wichtigeren Angelegenheiten, zunächst nur jener ausgedehnteren Landes-Vertretung vorbehalten bleibe, wie solche Se. Majestät der König durch den Vereinigten Landtag gegenwärtig ins Leben gerufen haben oder im Laufe der Zeit und der Erfahrung in Höchstihrer Weisheit weiter fortzubilden geruhen werden.“ Möge nun die hohe Versammlung das gewiß allgemein mit mir getheilte Vertrauen in die landesväterliche, über uns Alle mit unablässiger Bemühung und mit gleicher Liebe waltenden Fürsorge eines hochherzigen Königs vor dem ganzen Lande und vor der übrigen Welt dadurch bekunden, daß wir von Sr. Majestät Höchster Weisheit und Gnade die Zusammenberufung des Landtages, so oft es des Landes Wohl erheischen wird, und so oft Höchstseine Regentenpflichten es verstatten, zuversichtlich erwarten.

Marschall: Ich muß fragen, ob das Amendement Unterstützung findet. (Findet keine Unterstützung.)

Abg. Graf v. Merveldt: Darf ich bitten, es nochmals zu verlesen?

Marschall: Sollte es nicht verstanden worden sein?

(Viele Stimmen: Ja!)

Abg. Mohr: Meine Herren! Nach der bisherigen Diskussion und nachdem das zuletzt vorgeschlagene Amendement keine Unterstützung gefunden hat, stehen wir nun vor 5 Vorschlägen. Der erste ist das Gutachten der Abtheilung, der zweite das Amendement des verehrten Mitgliedes aus Schlesien, welches gestern zuerst gesprochen hat, der dritte das Amendement des verehrten Mitgliedes aus Westphalen; sodann kommt ein anderes Amendement, welches uns ebenfalls aus Westphalen zugekommen ist, und das ungeachtet der angekündigten Freundschaft mit dem vorhergehenden diese Freundschaft doch nicht an sich trägt; endlich das Amendement, welches der Herr Abgeordnete Rasch heute vorgebracht hat. Unter diesen 5 Vorschlägen, meine Herren, haben wir also zu wählen, nur 3 Redner, wovon 2 heute und einer gestern, haben sich aus diesem Kreise entfernt. Der gestrige ist derjenige, der uns einen Spiegel vorzeigen wollte, von dem er selbst sagte, daß er uns nicht gefallen würde. Meine Herren! Ich glaube nicht zu weit zu gehen, wenn ich den geehrten Redner versichere, daß er uns auch wirklich nicht gefallen hat, (Heiterkeit.) eben so wenig wie seine Lehre. (Abermalige Heiterkeit. Mehrere Stimmen: Bravo!) Meine Herren! Was mich betrifft, so schließe ich mich mit der vollsten Ueberzeugung dem Amendement des geehrten Mitgliedes von Westphalen, Herrn von Vincke an, nicht nur weil dasselbe der Declaration der 139 — nicht der 137 und nicht der 138 — (Heiterkeit.) der ich von Anfang an mit der ganzen Wärme und Aufrichtigkeit meiner Seele beigetreten bin, nicht nur, sage ich, weil es dieser Declaration nicht widerspricht, sondern weil es auf der einen Seite die Rechte des Volkes wahrt und auf der anderen Seite die Ehrfurcht bekundet, welche wir dem Könige schuldig sind. Als ich Kenntniß bekam von diesem Amendement, meine Herren, da hegte ich die Hoffnung, dasselbe würde allgemeinen Anklang in dieser hohen Versammlung finden. Ich hegte diese Hoffnung, weil ich nicht glaubte, daß es irgend Jemanden unter uns gäbe, der den Rechten, den Verfassungs-Rechten des Volkes, etwas vergeben möchte, der da glauben könnte, daß es nöthig sei, daß es verlangt würde, irgend etwas diesen Rechten zu vergeben ohne der Treue und der Ehrerbietung gegen den König etwas zu entschlagen. Diese Hoffnung, meine Herren, nach dem, was ich gestern und was ich heute von dieser Stelle vernommen habe, diese Hoffnung hege ich nicht mehr. Ich würde Sie bitten, meine Herren, ich würde Sie beschwören, durch ihren einstimmigen Beitritt zu dem Amendement des verehrten Mitgliedes aus Westphalen den heutigen Tag, den 1. Juni 1847, zu einem großen Tage zu machen, zu einem großen Tage für Preußen und somit zu einem großen Tage für das gesammte deutsche Vaterland. Aber so wie die Sachen stehen, darf ich dieses nicht hoffen, sondern ich muß mich auf die Hoffnung beschränken, daß der Kern der 139 wenigstens hinreichend anwachse, um zur Majorität zu gelangen, auf daß unsere Nachkommen dieses Tages mit Dankbarkeit gedenken mögen. Die gewichtigen Stimmen, welche bereits ihren Beitritt zu der Declaration der 139 und zu dem darauf beruhenden Amendement gegeben haben, rechtfertigen die Hoffnung, daß dieses geschehen werde, und an diese Hoffnung, meine Herren, knüpfen sich andere schöne Hoffnungen, deren Verwirklichung in der Hand des erhabenen Fürsten liegt, dem die Vorsehung die Geschicke unseres theuren Vaterlandes anvertraut hat. (Vielfaches Bravo.)

Abg. Frhr. v. Waldbott: Ich wollte mir erlauben, den vorigen geehrten Redner, weil es von der größten Nothwendigkeit ist, daß das Protokollführer richtig versteht, zu fragen, ob ich ihn richtig verstanden habe, indem er gesagt hat, er habe geglaubt, daß es Niemanden in der Versammlung gäbe, der Rechte vergeben wolle, und er habe diese Hoffnung nicht mehr. Ich für meine Person hege diese Hoffnung allerdings noch, daß Keiner Rechte, die er als solche erkennt, vergeben wird. Eine andere Frage ist, ob das, was der vorige Redner als ein Recht erkannt hat, auch von Anderen als ein Recht erkannt wird (Einige Stimmen: Bravo!)

Abg. Aldenhoven: Als unser Volk nach länger denn 30jährigem Harren auf die Erfüllung der heißerkämpften Verheißungen seine Abg. hier in der Hauptstadt sich versammeln sah, konnte bei ihm kein Zweifel übrig bleiben, daß es nunmehr außer der Macht sterblicher Menschen liegt, der Wahrheit und dem Rechte Anerkennung zu versagen. Meine Herren! Es giebt eine Macht der Dinge, die stärker ist, als die Gewalt der Menschen und von der Weltordnung geboten, wird ein Volk seinen Entwickelungsgang gehen, ob durch Paragraphen unterstützt oder einzig und allein gestützt auf das ewige, unveräußerliche Recht. Von diesem Standpunkte aus betrachte ich die Erklärung des Herrn Justiz-Ministers. Dennoch halte ich es für meine Pflicht, offen auszusprechen, daß, wenn auch mit juristischen Deductionen, die alten uns heiligen Gesetze so oder so zu deuten, die Möglichkeit vorhanden ist, im Volke die feste Ueberzeugung ihrer fortwährenden Rechtsgültigkeit lebt, und daß davon das Volk nicht ablassen wird, weil es darin den gesetzlichen Anhaltpunkt seines Rechtes erkennt. Aus diesem Grunde erkläre ich mich für das Amendement des Abg. aus Westphalen.

Abg. v. Bismark-Schönhausen: Es fragt sich, wer das Recht hat, eine authentische, rechtsverbindliche Deklaration zu geben. Meines Erachtens nur der König, und diese Ueberzeugung liegt auch, wie ich glaube, im Rechtsbewußtsein unseres Volkes. Denn wenn gestern ein Herr Abgeordneter aus Königsberg die Ansicht ausgesprochen hat, es habe sich ein dumpfes Mißvergnügen in der Volksstimmung gezeigt bei der Bekanntmachung des Patents vom 3. Februar, so muß ich dagegen erwiedern, daß ich die Majorität des preußischen Volkes nicht repräsentirt finde in den Versammlungen auf dem Böttcherhöfchen — (Murren.) ich kann in unartikulirten Lauten keine Widerlegung dessen finden, was ich angeführt —, eben so wenig in den Federkielen der Zeitungs-Korrespondenten, auch nicht einmal in einer Fraktion der Bevölkerung größerer Provinzial-Städte. Es ist schwer, die Volksmeinung zu erkennen; ich glaube, sie an einigen Orten der mittleren Provinzen erkannt zu haben, und diese ist noch die alte preußische Volksmeinung, der ein Königswort mehr gilt, als alles Deuten und Drehen an dem Buchstaben der Gesetze. (Einige Stimmen: Bravo.) Gestern hat ein Abgeordneter aus Preußen, wenn ich nicht irre, aus dem Neustädter Kreise, eine Aeußerung gethan, die ich nur so auslegen konnte, als liege es in unserem Interesse, die Blume des Vertrauens, als ein Unkraut, welches uns hindert, den kahlen Rechtsboden in seiner ganzen Nacktheit zu sehen, auszureißen und bei Seite zu werfen. Ich sage mit Stolz, daß ich mich einer solchen Ansicht nicht anschließen kann. Wenn ich zehn Jahre rückwärts blicke und das, was im Jahre 1837 gesprochen und geschrieben wurde, mit dem vergleiche, was jetzt hier von den Stufen des Thrones dem ganzen Volke zugerufen wird, so glaube ich, haben wir vielen Grund zum Vertrauen in die Absichten Sr. Majestät. In diesem Vertrauen erlaube ich mir, der hohen Versammlung das Amendement des Herrn Abgeordneten aus Westphalen, nicht das des Herrn Abgeordneten aus der Grafschaft Mark, sondern das des Herrn v. Lilien zur Annahme zu empfehlen. (Einige Stimmen: Bravo!)

Abg. Sperling: Ich habe gestern allerdings von einer Mißstimmung des Volkes gesprochen. Zum Beweise dessen kann ich mich auf das Zeugniß eines Jeden berufen, der die Stimmung des Volkes auffassen will und kann. An die Versammlung in Böttchers-Höfchen habe ich dabei nicht gedacht. Ich bin selbst nicht Mitglied dieser Versammlung gewesen, ich weiß aber jedenfalls so viel von ihr, daß der geehrte Redner vor mir es sich hätte zur Ehre anrechnen können, wenn er zu ihr gehört hätte.

Abg. v. Bismark-Schönhausen: Das ist eine Ehre, auf die ich sehr gern verzichte.

Abg v. Platen: Meine Herren! Ich glaube nicht, daß irgend Jemand in der hohen Versammlung ist, der das, was ich gestern sagte, so hat verstehen können, wie der Abgeordnete der Ritterschaft aus Sachsen. Weder dem Wortlaute, noch dem Sinne nach habe ich die Gefühle des Vertrauens als eine todte Blume oder gar als ein Unkraut bezeichnet und ich muß seine Behauptung, so weit sie mich betrifft, als nicht begründet hiernach auf das entschiedenste zurückweisen.

Abg. Frhr. v. Vincke: Das geehrte Mitglied hat sich erlaubt, in seiner Rede Worte von mir anzuführen, zu dem augenscheinlichen Zwecke, um sie lächerlich zu machen. Darum werde ich mir eine persönliche Erläuterung vorbehalten. Ich muß bemerken, daß kein Mitglied das Recht hat, Worte von mir anzuführen, ohne meine Autorschaft dabei zu nennen.

Marschall: Ich muß zu bedenken geben, daß das Hin- und Hersprechen, daß eine solche Conversation die Würde der Versammlung gefährden kann, und wenn die persönlichen Bemerkungen, welche Mitglieder noch zu machen haben, nicht wirklich nöthig sind, so muß ich sie bitten, auf das Wort zu verzichten.

Abg. v. d. Heydt: Es ist von dem Herrn Abgeordneten der Sächsischen Ritterschaft gesagt worden, daß in vielen Theilen des Landes des Königs Worte mehr gelten, als Deuteleien über behauptete Rechte. Wenn damit gesagt sein soll, daß an anderen Orten des Königs Worte nicht so viel gelten, so bitte ich zu bedenken, warum dann auf die Deutung der Gesetze ein so großer Werth gelegt wird. Sind denn die Gesetze vom Jahre 1810, 1815 und 1820 nicht auch Königs-Worte? (Von mehreren Seiten Zustimmung. — Es wird stürmisch zur Abstimmung gerufen)

Abg. Lensing: Meine Herren! Der geehrte Redner, der zuletzt vor mir gesprochen, hat bemerkt, daß es eine schwierige Sache sei, die Volksstimmung zu erkennen. Es mag zugestanden werden in Beziehung auf alle diejenigen, die in dem öffentlichen Leben eine Stellung einnehmen, die es mit sich bringt, daß sie niemals mit dem Volk in Berührung kommen. Es mag dies zugegeben werden in Beziehung auf die höchsten Beamten des Staats. Für diejenigen aber, die aus dem Volke selbst hervorgegangen sind, die tagtäglich mit ihm in Berührung stehen, tagtäglich Gelegenheit haben, die Aeußerung seiner Meinung und Gesinnungen kennen zu lernen, für diese gilt dies nicht, und da ich zu den Letzteren, also zu dem größten Theil der hier versammelten Abgeordneten, mich rechne, so meine ich, daß für sie eine Pflicht darin liegt, namentlich die höchsten Behörden des Staats, so viel an ihnen liegt, über die Gesinnung und Stimmung des Volks aufzuklären. Es wird also auch mir erlaubt sein, wenn ich in den wenigen Worten, die ich an die Versammlung richten werde, mich auf diese Gesinnung und Stimmung des Volks berufe. Aus dem Munde des Herrn Justiz-Ministers haben wir vernommen, daß das Gesetz vom 17. Januar 1820, indem es die Bestimmung einer jährlichen Rechnungs-Ablegung vor den Reichsständen getroffen habe, zwar eine Verpflichtung des Staats, aber nur gegen die Gläubiger enthalte; also, meine Herren, keine Verpflichtung gegen die in dem Gesetz buchstäblich bezeichnete Versammlung, keine Verpflichtung gegen die sämmtlichen Genossen des Staats, gegen die Nation, mit einem Worte, keine Verpflichtung gegen diejenigen, welche die Mittel beischaffen müssen, welche nöthig sind, um die Schulden des Staats zu bezahlen.

(Schluß folgt.)